

# *DEUTSCHLAND IN SCHIEFLAGE* **RÜCKT DAS GERADE!**

**Herbstaktionen  
der Gewerkschaften**

**DDS** Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

**DDS** Oktober  
2010

## Deutschland in Schiefelage – Rückt das gerade!

- 3 Gerechtigkeit ist etwas anderes – wir brauchen einen Kurswechsel**  
Aufruf des DGB zu den Herbstaktionen 2010
- 4 Gute Wissenschaft und gute Arbeit – zwei Seiten einer Medaille**  
von Dr. Andreas Keller
- 6 L-EGO – jetzt wird es ernst!**  
Warum die GEW in der Tarifrunde 2011 die Lehrkräfte-Entgeltordnung in den Mittelpunkt stellt  
von Ilse Schaad und Gesa Bruno-Latocha
- 8 Immer mehr Junge arbeiten auf Zeit**  
Leiharbeit fair gestalten: Zur Kampagne der IG Metall »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«  
Interview mit Michael Faißt
- 10 Gewerbesteuer wieder einmal auf dem Prüfstand**  
von Christian Ude
- 12 Das Steuerkonzept der GEW**  
– auch ein Beitrag gegen die Abwälzung der Krisenlasten  
von Reinhard Frankl
- 14 Rente mit 67 – alle Voraussetzungen fehlen!**  
von Falko Trischler, Markus Holler und Tatjana Fuchs
- 16 Neues Dienstrecht in Bayern: Die neue Ruhestandsregelung für BeamtInnen**  
von Wolfgang Fischer
- 19 Die Gesundheitsreform – ein langsamer Abschied vom Sozialsystem!**  
von Simone Kern
- 21 Sie sagen es, Herr Ministerpräsident: Schluss mit der Reformeritis!**  
von Gele Neubäcker
- 23 DGB-Jugend on Tour**  
von Astrid Backmann

## Was es sonst noch gibt

- 24 Die Schule der Zukunft – Jetzt!**  
Interview mit dem Bildungsjournalisten und Filmemacher Reinhard Kahl
- 25 Begegnung der Kulturen**  
Bericht vom 6. Europäischen Sozialforum in Istanbul  
von Tülin Trübenbach
- 27 Erlesenes**  
– »Respekt« ist ein großes Wort ...

## Rubriken

- 28 Dies und Das**
- 30 Veranstaltungen**
- 31 Glückwünsche und Dank**
- 32 Kontakte**

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

**Ein »heißer Herbst« soll es werden.** Dafür mobilisieren die Gewerkschaften und beantworten damit die skandalös unsozialen Entscheidungen der Bundesregierung. Wir unterstützen den Aufruf des DGB mit unseren Mitteln und liefern in dieser Ausgabe zu jedem Forderungskomplex entsprechende Artikel. Außerdem haben wir zu jedem der fünf Themenbereiche ein Plakat für das Schwarze Brett entwickelt, das wir auf den jeweiligen Seiten dieser DDS präsentieren. Den Kolleginnen und Kollegen, die als Kontakt- und Vertrauensleute der GEW an den Schulen fungieren, wurden diese Plakate bereits mit der letzten Rundsendung zugeschickt. Diejenigen, die nicht in diesem Verteiler sind, können die Plakate in der Landesgeschäftsstelle anfordern:  
GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München

**Ein Erfolg für die GEW** ist, wie bereits in der letzten DDS kurz erwähnt, dass das Arbeitszimmer für Beschäftigte, die keinen Arbeitsplatz für ihre Tätigkeit gestellt bekommen, wieder absetzbar ist. Das Bundesverfassungsgericht im Juli ist mit seinem Urteil der Argumentation der GEW gefolgt. Diejenigen, die in ihrer Steuererklärung weiterhin ein Arbeitszimmer angegeben haben und deren Steuerbescheid nicht rechtskräftig wurde, können mit einer Nachzahlung rechnen. Wir haben dazu ebenfalls ein Plakat entwickelt, das diesen Sachverhalt darstellt und das auch über die Geschäftsstelle bezogen werden kann.

Karin Just



**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:**  
**Mo und Do von 13.00 – 16.00 Uhr, Tel.: 0 89-54 37 99 59**  
**Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

**Korrektur zur Ankündigung der 18. AGAL-Tagung zum Auslandsschuldienst im letzten Heft:**  
Die Tagung findet nicht vom 19. bis 24. Oktober statt, sondern vom 19. bis 24. **November 2010**.  
Anmeldungen **nur** an: Karin.Gaines@gew.de

## Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • E-Mail: info@gew-bayern.de • www.gew-bayern.de  
**Redaktionsleiterin:** Karin Just, Kidlerstr. 41, 81371 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-538 94 87  
E-Mail: Karin.Just@gew-bayern.de

**Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Michael Köhler, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Schorsch Tillmann, Doro Weniger, Wolfram Witte.

**Gestaltung:** Karin Just

**Bildnachweis** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Karin Just, privat

**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

**Anzeigenannahme:** über die Redaktionsleitung

**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

**Adressenänderung:** Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

**Redaktions- und Anzeigenschluss:** jeweils am 6. des Vormonates



**Aufruf des DGB zu den Herbstaktionen 2010:**

## **Deutschland ist in Schiefelage**

**Gerechtigkeit ist etwas anderes – wir brauchen einen Kurswechsel!**

Die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auf den Schultern der kleinen Leute abgeladen. Restriktive Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen, Einschnitte in öffentliche Daseinsvorsorge und das Bildungssystem verschlechtern die Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Statt guter und gerecht bezahlter Arbeit droht die soziale Ordnung und der Schutz der arbeitenden Menschen verloren zu gehen.

Deshalb brauchen wir gute Arbeit, starke öffentliche Leistungen, gutes Auskommen im Alter, ein solidarisches Gesundheitssystem sowie qualifizierte Bildung und Ausbildung.

### **Gute Arbeit**

Prekäre Beschäftigung und Leiharbeit nehmen zu – statt guter Arbeit mit anständiger Bezahlung. Mehr noch: Leiharbeit und Niedriglöhne beschädigen die soziale Ordnung, höhlen Tarifverträge aus und bedrohen die gesamte Arbeitnehmerschaft.

Wir fordern: Gute Arbeit für alle. Schluss mit dem Missbrauch von Leiharbeit.

Für mehr Gerechtigkeit in unserem Land brauchen wir vor allem in der Leiharbeit gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Mindestlöhne sind ein wichtiges Mittel, um Lohndumping zu verhindern.

### **Starke öffentliche Leistungen**

Marode öffentliche Einrichtungen und Schulen, hohe Gebühren und Abgaben sowie kaputte Straßen sind das Gegenteil einer guten Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Wir fordern: Schluss mit der falschen Sparpolitik in Kommunen und Ländern zu Lasten der Menschen.

Für mehr Gerechtigkeit in unserem Land brauchen wir starke öffentliche Leistungen. Wir brauchen Investitionen in Bildung, Infrastruktur, innere Sicherheit und eine lebenswerte Umwelt.

### **Gutes Auskommen im Alter**

Altersarmut darf nicht die Perspektive für Millionen von Menschen werden.

Wir fordern ein gutes Auskommen im Alter, flexible Übergänge in den Ruhestand, eine bessere Erwerbsminderungsrente und die Rücknahme der Rente und Pensionen ab 67.

Für mehr Gerechtigkeit in unserem Land brauchen wir die Anerkennung der Lebensleistung und Schutz vor Altersarmut.

### **Ein solidarisches Gesundheitssystem**

Die schwarz-gelbe Kopfpauschale ist der Anfang vom Ende der Solidarität in der Krankenversicherung. Sie muss gestoppt werden.

Wir fordern: Ein gutes Gesundheitssystem für alle und keine Zwei-Klassen-Medizin.

Für mehr Gerechtigkeit in unserem Land brauchen wir eine solidarische Bürgerversicherung. Die Arbeitgeber müssen sich wieder gleichberechtigt an der Finanzierung beteiligen.

### **Qualifizierte Bildung und Ausbildung**

Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Privatisierung und Bildungsgebühren führen in eine bildungspolitische Sackgasse und verstärken die soziale Spaltung.

Wir fordern für jeden Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung, Übernahme in den Betrieben, mehr und bessere Weiterbildung und die Streichung aller Bildungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule.

Für mehr Gerechtigkeit in diesem Land brauchen wir: Gute Bildung und Ausbildung für alle.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen auf:

Beteiligt euch an den Herbstaktionen in Betrieben und Verwaltungen – vor Ort.

**Kommt am 13.11. nach Nürnberg zur großen Demonstration und Kundgebung.**

(Informationen zur Organisation am 13.11. gibt es bei den DGB-Regionen. Auch die Anmeldung erfolgt über die DGB-Regionen.)



# Gute Wissenschaft und gute Arbeit – zwei Seiten einer Medaille

## Das »Templiner Manifest« der GEW

An Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden unter zunehmend schwierigeren Rahmenbedingungen immer höhere quantitative und qualitative Anforderungen gestellt – in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement. Ihre Leistungen sollen nicht einfach nur gut, sondern »exzellent« sein. Dem Anspruch an Exzellenz von Forschung und Lehre stehen häufig die katastrophale Verfassung der Karrierewege und miese Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegenüber.

Befristete Arbeitsverträge sind zur Regel geworden; prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden zur Normalität: Ein steigender Anteil der Lehre wird von Lehrbeauftragten erbracht, die keinen Arbeitsvertrag mit ihrer Hochschule haben, sondern als akademische TagelöhnerInnen stundenweise bezahlt werden – ohne Sozialversicherung, ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ohne Urlaubsanspruch.

### Sackgasse statt Laufbahn

Die Karrierewege in Hochschule und Forschung sind lang und steinig: Selbst erfahrene, promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gelten als »wissenschaftlicher Nachwuchs«, dem selbstständige Forschung und Lehre, verlässliche Rahmenbedingungen und berechenbare berufliche Perspektiven verwehrt werden. Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die nicht auf eine Professur berufen werden, landen häufig in einer Sackgasse: Auf dem freien Arbeitsmarkt gelten sie als überqualifiziert, in Hochschule und Forschung gibt es keine anerkannten Positionen jenseits der Professur. Nach wie vor steigen überdurchschnittlich viele Frauen aus der wissenschaftlichen Laufbahn *aus* statt in ihr *auf*.

Befristete Bund-Länder-Sonderprogramme wie die Exzellenzinitiative oder der Hochschulpakt 2020 haben diese Probleme nicht gelöst, sondern verschärft. Zwar haben sich für viele Hochschulabsolventinnen und -absolventen kurzfristig die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Einstieg in eine wissenschaftliche Laufbahn durch den Ausbau von befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Stipendien verbessert. Aber die Nachhaltigkeit der neuen Struktu-

ren ist nicht gegeben, die Perspektiven sind nicht gesichert, weil es an der erforderlichen dauerhaft verlässlichen Ausstattung der wissenschaftlichen Einrichtungen fehlt.

### »Generation Exzellenz«

Eine ganze Generation junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurde mit dem Anspruch »Exzellenz« in das Wissenschaftssystem gelockt: Exzellente wollen die Einrichtungen mit den neuen Fördergeldern werden, exzellente sollen die Leistungen sein, die von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erwartet werden. Doch verlässliche berufliche Perspektiven und faire Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen werden ihnen vorenthalten. Mit diesem Zwiespalt ist die »Generation Exzellenz« konfrontiert.

Die Folgen bekommen die Hochschulen und Forschungseinrichtungen schon heute zu spüren. In vielen Fachrichtungen und Regionen haben sie es schwer, qualifizierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu gewinnen. Diese ziehen eine oft besser bezahlte und abgesicherte Beschäftigung in der Industrie oder im Ausland der unsicheren Laufbahn im deutschen Wissenschaftssystem vor. Der von der OECD prognostizierte Fachkräftemangel wird diese Probleme weiter verschärfen. Die Abhängigkeit und der hohe Anpassungsdruck junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hemmen die Innovationskraft des deutschen Wissenschaftssystems und schwächen seine Position im europäischen und globalen Hochschul- und Forschungsraum.

### Was ist gute Arbeit?

Wer die Exzellenz von Forschung und Lehre beschwört, darf über die katastrophale Verfassung der Personalstruktur und Karrierewege in der Wissenschaft nicht länger schweigen. Gute Forschung und Lehre und gute Arbeitsbedingungen und Karrierewege für die WissenschaftlerInnen sind vielmehr zwei Seiten einer Medaille! So lautet auch die Quintessenz des »Templiner Manifests«, das Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 4. GEW-Wissenschaftskonferenz



Foto: Robert Michel

»Traumjob Wissenschaft?« vom 1. bis 4. September 2010 in Templin verabschiedet haben. Wir fordern eine Reform der Personalstruktur und der Berufswege in Hochschule und Forschung – um sowohl die Bedingungen und Perspektiven der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch die Arbeit der Hochschulen und die Studienbedingungen zu verbessern.

Kernpunkte des »Templiner Manifests« sind eine bessere Absicherung und Strukturierung der Promotion, berechenbare Perspektiven für Postdocs, die Erfüllung der Daueraufgaben in Hochschulen und Forschung mit Dauerstellen, reguläre statt prekäre Beschäftigung, ein Recht auf Work-Life-Balance für alle und die Durchsetzung eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses. Wir treten ein für Mit-

bestimmung auf Augenhöhe, für die Förderung von Mobilität, für den Ausbau von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie für tarifvertraglichen Schutz für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

**von Dr. Andreas Keller**

Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW  
Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung



Weitere Informationen zum »Templiner Manifest«, das auch online unterzeichnet werden kann, finden sich im Internet unter: [www.templiner-manifest.de](http://www.templiner-manifest.de).

## Auszüge aus dem »Templiner Manifest«

Vollständiger Text unter [www.templiner-manifest.de](http://www.templiner-manifest.de)

### 1. Promotionsphase besser absichern und strukturieren

Wir verstehen die Promotion als erste Phase wissenschaftlicher Berufsausübung. Für Doktorandinnen und Doktoranden fordern wir daher ausreichend tarifvertraglich geregelte Beschäftigungsverhältnisse zur Qualifikation mit Sozialversicherungsschutz, die mindestens drei Viertel der Arbeitszeit für die eigenständige Qualifikation vorsehen. (...)



### 2. Postdocs verlässliche Perspektiven geben

Promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Postdocs) müssen verlässliche berufliche Perspektiven haben: durch einen Tenure Track, der den dauerhaften Verbleib in Hochschule und Forschung ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. (...)

### 3. Daueraufgaben mit Dauerstellen erfüllen

Neben Stellen zur Qualifikation und Professuren benötigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausreichend Stellen, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit unbefristeten Verträgen Wissenschaft als Beruf ausüben können. (...)

### 4. Prekäre durch reguläre Beschäftigung ersetzen

Viele Hochschulen lassen unter großem finanziellen Druck einen erheblichen Teil ihrer Pflichtlehre von Lehrbeauftragten erbringen. Mit der Ausbeutung von Dumping-Lehrkräften muss Schluss sein! Dort, wo Lehrbeauftragte dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben wahrnehmen, müssen diese sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse erhalten. (...)

### 5. Im Gleichgewicht lehren, forschen und leben

Wissenschaft ist ein normaler Beruf, auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben ein Recht auf eine Work-Life-Balance. Das setzt eine familiengerechte Gestaltung von Hochschule und Forschung voraus. (...)

### 6. Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durchsetzen

Da Frauen in leitenden Funktionen des Wissenschaftsbetriebs unterrepräsentiert sind, brauchen wir wirksame Maßnahmen, um den Anteil der Frauen auf allen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn mit dem Ziel eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses zu erhöhen. (...)

### 7. Gleichberechtigt mitbestimmen

(...) Alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen unabhängig vom Status in Hochschulgremien beziehungsweise Aufsichtsgremien der Forschungseinrichtungen auf Augenhöhe gleichberechtigt mitbestimmen können. Das gilt auch für neue Organisationsformen wie Graduiertenschulen oder Exzellenz-Cluster.

### 8. Mobilität fördern, nicht bestrafen

Wir treten für Bedingungen in der Wissenschaft ein, die Mobilität ermöglichen: zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, im europäischen und globalen Hochschul- und Forschungsraum sowie zwischen Wissenschaft und Praxis. (...)

### 9. Hochschule und Forschung bedarfs- und nachfragegerecht ausbauen

Die wachsenden Anforderungen an Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement sind auf Dauer nur durch einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu bewältigen. (...)

### 10. Alle Beschäftigungsverhältnisse tarifvertraglich aushandeln

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie studentische Beschäftigte haben Anspruch auf tarifvertraglichen Schutz. (...) Der Gesetzgeber muss die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern respektieren und das Verbot, Regeln zur Befristung von Arbeitsverträgen in Hochschule und Forschung auszuhandeln und anzuwenden, aufheben. Daher fordern wir die ersatzlose Streichung der Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz.



## L-EGO – jetzt wird es ernst!

### Warum die GEW in der Tarifrunde 2011 die Lehrkräfte-Entgeltordnung in den Mittelpunkt stellt

Die zentrale Frage, was eine Tätigkeit wert ist – das heißt welcher Entgeltgruppe welche Tätigkeit zugeordnet (also »eingruppiert«) wird –, soll endlich auch für Lehrkräfte durch Tarifvertrag geregelt werden. Die Verhandlungen hierzu stehen an einem Wendepunkt. Entscheidende Bedeutung kommt der Tarifrunde 2011 mit den Ländern zu.

Mit der Vereinbarung 2006, im Rahmen der neuen Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) auch Verhandlungen über die Eingruppierung der Lehrkräfte aufzunehmen, und der Verfahrensvereinbarung im Tarifabschluss 2009 konnte die GEW erstmals in ihrer Geschichte eines der wichtigsten, alle Lehrkräfte betreffenden Tarifvorhaben eigenständig in die Verhandlung bringen. Im Dezember konnte die GEW schließlich die Haltung der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), über Lehrkräfte erst zu verhandeln, wenn die allgemeine Entgeltordnung für den TV-L steht, durchbrechen und parallele Verhandlungen erreichen.

#### Zäher Verhandlungsverlauf

Diese Verhandlungen ziehen sich jetzt schon wieder viele Monate hin. LeserInnen des »Tariftelegramms« haben das Auf und Ab fast hautnah mitbekommen (siehe dazu auch [www.gew-tarifrunde.de](http://www.gew-tarifrunde.de)). Im März wollte die GEW-Verhandlungskommission es wissen und forderte die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf, bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 28. April unmissverständliche Aussagen zu vier zentralen Punkten zu treffen:

- **Geltungsbereich:** Es wird eine umfassende tarifliche Regelung angestrebt.
- **Eingruppierungskriterien:** Die Kriterien für die Eingruppierung umfassen die ausübende Tätigkeit und die für diese Tätigkeit erforderliche Ausbildung.
- **Eckeingruppierung:** Die Eckeingruppierung E 13 für Tätigkeiten, für die ein wissenschaftlicher Hochschulabschluss gefordert ist, gilt auch für Lehrkräfte.

- **Ost-West-Differenzierung:** Es gilt eine einheitliche Eingruppierung in Ost und West.

Nach der deutlichen Ablehnung dieser Kernforderungen durch die Arbeitgeber bei der nächsten Verhandlungsrunde im April blieb der GEW keine Wahl. Nach gründlicher Diskussion in der Bundestarifkommission und im Koordinierungsvorstand wurden begrenzte Warnstreiks für die erste Maiwoche beschlossen. Zum Streik aufgerufen waren angestellte Lehrkräfte in vier Westbundesländern. In den neuen Bundesländern sollten parallel Protestveranstaltungen organisiert werden, da im Osten in der Frage der Eingruppierung Friedenspflicht herrscht (hier haben die (West-)Gewerkschaften nach der Wende den Fehler gemacht, die Verweisung aufs Beamtenrecht im BAT-Ost tarifvertraglich festzuschreiben).

#### Erste Warnstreiks im Mai

Vom 3. bis 6. Mai 2010 beteiligten sich 6.500 KollegInnen an den Warnstreiks. Schwerpunkte waren Nordrhein-Westfalen mit zehn Streikorten, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Neben Warnstreiks und Demonstrationen gab es auch medienwirksame Aktionen unter dem Motto »Aus-sitzen gilt nicht!«. Videos und Berichte von diesen Aktionen gibt es unter [www.gew.de/Laender\\_Entgeltordnung](http://www.gew.de/Laender_Entgeltordnung).

Nach Auffassung der Arbeitgeber zeigte die schwache Beteiligung an den Aktionen jedoch, dass die Mitglieder nicht hinter den Forderungen der Gewerkschaften stünden und – genauso wie die Arbeitgeber – absolut zufrieden mit ihrer Lage seien. Es handele sich um eine reine Funktionärsdiskussion. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Aktionen die Arbeitgeber nicht nur nicht beeindruckt haben, sie haben sie sogar in ihrer Blockadehaltung bestätigt. Das können jetzt nur die Beschäftigten selbst ändern. Deshalb wird im Herbst überall in regionalen Veranstaltungen überlegt, wie die Auseinandersetzung weitergeführt werden soll.



## Historische Chance

Was vielen Lehrkräften immer noch nicht bewusst ist: Wir haben jetzt – und nur jetzt! – die Chance, zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine tarifvertragliche Regelung der Eingruppierung angestellter Lehrkräfte durchzusetzen. Deswegen muss jetzt auf allen Ebenen in der GEW diskutiert werden, ob wir eine Wende in der LehrerInnenbezahlung wollen und was jeder und jede Einzelne dafür tun kann und will. Dazu müssen wir uns einig sein, dass dieses Thema Priorität hat.

Die Aktionen Anfang Mai haben gelehrt: Blinder Aktionismus ist nicht nur wirkungslos, er kann sogar schädlich sein. Ein landesweiter Streikaufruf, dem am Ende fünf KollegInnen folgen, schadet der Sache mehr, als er nützt. Jedem Streik, jeder Protestaktion muss eine sorgfältige Planung und Analyse vorausgehen. Anders als in privaten Unternehmen, wo Streiks dem Arbeitgeber wirtschaftlichen Schaden zufügen (sollen), zählt in Tarifaueinsetzungen im öffentlichen Dienst am Ende immer die öffentliche Unterstützung für die Anliegen der Beschäftigten. »Mehr Geld für Bildung« ist in Deutschland mehrheitsfähig – daran können und müssen wir anknüpfen.

## L-EGO und die BeamtInnen

Auch innerhalb der Gewerkschaften ist vielen das Hemd näher als die Jacke. Viele Beamtinnen und Beamte denken sich: »Sie haben ja recht, aber mich betrifft das ja nicht.« Doch das ist zu kurz gedacht. Weshalb zeigen sich die Arbeitgeber denn in den Verhandlungen so wenig einigungsbereit? Weil sie – als Dienstherren – im Bereich des Beamtenrechts gerade erst durch die Föderalismusreform neue Handlungsspielräume gewonnen haben – die wollen sie sich nicht bei den Angestellten durch Tarifverträge wieder einschränken lassen.

Dabei sind die kritischen Fragen bei der Reform der Landes-Beamtengesetze im Kern die gleichen wie im Tarifrecht: Wieso werden Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen, die ein Universitätsstudium und ein Referendariat absolviert haben, schlechter bezahlt als alle anderen AkademikerInnen im öffentlichen Dienst? Das von der GEW kritisierte Prinzip »kleine Kinder – kleines Gehalt, große Kinder – großes Gehalt« gilt im BeamtInnenbereich ganz genauso wie bei den Angestellten.

## Zur Situation in Bayern

In Bayern befinden sich die GEW-Mitglieder in den LehrerInnenkollegien meist in einer Minderheitenposition. Die

»Mehrheitsfraktion« (neben den Unorganisierten) wird in der Regel vom BLLV gestellt. Dieser ist Mitglied im Deutschen Beamtenbund und in der dbb Tariffunion. Letztere sitzt bei allen Verhandlungen der GEW mit der TdL mit am Tisch. Darauf legt auch die GEW viel Wert, denn eine Spaltung der Lehrerschaft würde alle nur schwächen. Die dbb Tariffunion trägt – trotz des unüberhörbaren Protestes der Standesorganisationen der PhilologInnen und z. T. der BerufsschullehrerInnen – die Forderungen für die Lehrkräfte-Entgeltordnung voll mit, darunter die gleiche Bezahlung für voll ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulstufen und -formen. Allerdings ist von einem öffentlichen Engagement gerade des Bayerischen Verbandes für diese – offiziell gemeinsamen – Forderungen nichts zu vernehmen.

Die Erfahrung lehrt: Der Erfolg hat immer viele Väter. Falls am Ende ein Erfolg für die Lehrerinnen und Lehrer steht, so werden wieder alle betonen, dass sie mit von der Partie waren. Deshalb ist es gerade in Bayern besonders wichtig, fortlaufend deutlich zu machen, wer die Interessen der angestellten Lehrerinnen und Lehrer auch praktisch vertritt.

## Kommunale Lehrkräfte indirekt betroffen

Für angestellte Lehrkräfte an kommunalen Schulen in Bayern gilt nicht der TV-L, sondern – wie überall in den Kommunen – der TVöD. Auch im TVöD gibt es noch keine neue Entgeltordnung, auch hier gelten die alten BAT-Eingruppierungsregelungen weiter und auch hier sind Lehrkräfte entsprechend vom Geltungsbereich ausgenommen. Die kommunalen Arbeitgeber sind grundsätzlich bereit, im Rahmen einer neuen Entgeltordnung zum TVöD auch die LehrerInnen-Eingruppierung mit zu regeln.

Allerdings warten sie ab, auf was sich die Länder, die ja die meisten Lehrkräfte beschäftigen, mit den Gewerkschaften einigen. So verfahren sie in allen LehrerInnenfragen. Umgekehrt heißt das: Was die GEW im Länderbereich nicht erreicht, wird sie auch für die kommunalen Lehrkräfte nicht bekommen.



Plakat zur Forderung nach gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit



von Ilse Schaad  
und  
Gesa Bruno-Latocha



Leiterin des Arbeitsbereiches Angestellten- und Beamtenpolitik beim Hauptvorstand der GEW

Referentin im Arbeitsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik beim Hauptvorstand der GEW

# Immer mehr Junge arbeiten auf Zeit

## Leiharbeit fair gestalten: Zur Kampagne der IG Metall »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«

Zeit- oder Leiharbeit ist eine Form der Arbeitnehmerüberlassung, die in Deutschland bis 1971 gesetzlich verboten war. Mittlerweile ersetzt sie zunehmend reguläre Arbeitsverhältnisse in den unterschiedlichsten Branchen. Im pädagogischen Bereich kommen zwar nicht die etablierten Personaldienstleister zum Zuge, prekäre Beschäftigungsverhältnisse gibt es jedoch auch hier zur Genüge, wie die vor allem in der Erwachsenenbildung eingesetzten Honorarlehrkräfte zeigen.

Nach zwei erfolgreichen Touren in den letzten beiden Jahren läuft seit Mai 2010 wieder die Initiative »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld – Leiharbeit fair gestalten« der IG Metall. Auch wenn die Arbeitsbedingungen in der Metall-, Automobil- oder Elektrobranche andere sind als im Sozial- und Bildungsbereich, gibt es doch einige Parallelen im Hinblick auf ungleiche Bezahlung und Absicherung bei gleicher Arbeitsleistung.



Für die DDS sprach Ute Schmitt mit Michael Faißt, der als politischer Sekretär im Fachbereich Mitglieder und Kampagnen für die IG Metall in Frankfurt arbeitet.

Kontakt: michael.faisst@igmetall.de  
Infos zur Kampagne:  
[www.GleicheArbeit-GleichesGeld.de](http://www.GleicheArbeit-GleichesGeld.de)

**DDS:** Eure Initiative »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« tourt seit fünf Monaten wieder durch die Republik. Was wollt Ihr damit erreichen? Gibt es bereits Erfolge?

**Michael Faißt, IG Metall:** Erstens wollen wir die Bevölkerung für das Thema Leiharbeit sensibilisieren, zweitens wollen wir dadurch natürlich Unterstützer für unsere Forderungen gewinnen und drittens wollen wir politischen Druck aufbauen, damit die Leiharbeit endlich fair geregelt wird. Die Infotour Leiharbeit ist ja nur ein Teil der Kampagne. Neben der Tour versuchen wir durch Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyarbeit und natürlich durch Aktivitäten in den Betrieben das Thema zu setzen und ganz pragmatisch auch die Situation der Leiharbeiter zu verbessern. So nutzen wir etwa unsere organisatorische Stärke in den Einsatzbetrieben, um in diesen Unternehmen Besser-Vereinbarungen für Leiharbeitskräfte durchzusetzen. Diese schreiben deutlich bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung für die in Leiharbeit Beschäftigten fest als die Tarifverträge in der Leiharbeit. In den letzten Jahren ist es uns bereits gelungen, gemeinsam mit den Betriebsräten, Vertrauensleuten und Stammebelegschaften über 500 betriebliche Besser-Vereinbarungen durchzusetzen.

Das sogenannte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) gibt es in Deutschland seit 1972. Welche wirtschaftspolitischen Vorteile brachte dieses Gesetz damals und wie wirkt es auf dem Arbeitsmarkt heute?



Foto: imago/Chai von der Laage

So wie es das Gesetz 1972 vorsah, konnte Leiharbeit genutzt werden, um saison- oder nachfragebedingte Auftragspitzen kurzfristig abzufedern. Die Entwicklung ist aber: Seit den Änderungen im Zuge der Hartz-Reformen arbeiten Leiharbeiter über Monate und Jahre hinweg Seite an Seite mit Festangestellten. Sie werden deutlich niedriger bezahlt und haben erheblich schlechtere Arbeitsbedingungen. Eine skandalöse Bilanz, die zeigt, dass die aktuellen gesetzlichen Regelungen dem Missbrauch alle Tore öffnen. Mit der massiven Ausweitung von prekärer Leiharbeit sind wir in einer sozialen und ökonomischen Abwärtsspirale, die letztendlich nicht nur auf Kosten der Beschäftigten geht, sondern auch immensen gesamtgesellschaftlichen Schaden verursacht. Niedrige und Niedrigst-Löhne bedeuten auf der einen Seite immer mehr auf Transferleistungen angewiesene Beschäftigte und auf der anderen Seite immer weniger Geld für die schon jetzt am Anschlag operierenden sozialen Sicherungssysteme.

Der Forschungsbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom Mai 2009 zum Thema Arbeitnehmerüberlassung belegt, dass »fast jeder Vierte (24 Prozent) sich auch nach dem Zwischenstopp in der Arbeitnehmerüberlassung in der Arbeitslosigkeit wieder(findet)«. Zeitarbeit als sogenannter Brückeneffekt aus der Arbeitslosigkeit in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis ist demnach wenig effizient – etwa 8 Prozent laut IAB-Bericht, S. 88. Wie bewertet die IG Metall vor dem Hintergrund dieser Forschungsergebnisse die Haltung von Bundesarbeitsministerin von der Leyen, die noch im vergangenen Januar in einer Pressemitteilung erklärt, dass »Zeitarbeit (...) Brücken in den Arbeitsmarkt« (baue) und ein wichtiges Instrument bundesdeutscher Arbeitsmarktpolitik sei?



Ich frage mich, ob die Politik die Ergebnisse des eigenen Instituts nicht kennt oder sie bewusst ignoriert. Das IAB bestätigt: Leiharbeit ist keine Brücke in nachhaltige Beschäftigung. Allenfalls ein wackeliger schmaler Steg. Von der Leyen ignoriert dies konsequent. Auch der jetzt vorliegende Gesetzentwurf für eine Novelle des AÜG ist zur Verbesserung der Situation für LeiharbeiterInnen nicht hilfreich. Die Bundesarbeitsministerin bedient damit ungeniert die Profiteure der Leiharbeit. Und der Weg wird bereitet, mindestens eine Million Stamarbeitsplätze in Leiharbeit umzuwandeln. Weder wird das Kernproblem – die ungleiche Bezahlung von Leiharbeitnehmern und Stammkräften – angepackt noch dem »Heuern und Feuern« ein Riegel vorgeschoben.

Der Ausdehnung des Niedriglohnsektors wird weiter Vorschub geleistet, weil weder eine Höchstüberlassungsdauer noch ein Verbot der Synchronisation von Arbeitsverhältnis und Ausleihe des Arbeitnehmers vorgesehen ist<sup>1</sup>. Stammarbeitnehmer werden weiter durch Leiharbeitskräfte ersetzt. Die Unternehmen, die sich mit Leiharbeit ein zweites Tarifniveau schaffen wollen, können munter weitermachen.

*Wenig überraschend fordern der Bundesverband Zeitarbeit Personaldienstleistung e. V., Arbeitgeberverbände und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag von der Bundesregierung, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz vollständig abzuschaffen. Eine knappe Mehrheit der Personalverleiher strebt zudem eine Aufhebung des »Tarifzwangs« durch die Koppelung an die ansonsten geltenden Equal-Pay and Equal-Treatment-Regelungen an. Wie soll ein neues Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nach den Forderungen der IG Metall aussehen?*

Ein neues Arbeitnehmerüberlassungsgesetz soll vor allem faire und gerechte Rahmenbedingungen für die Menschen vorsehen, die gezwungen sind, in Leiharbeit zu gehen. Wenn die Bundesregierung eine bereits seit 2008 bestehende EU-Richtlinie in nationales Recht umsetzen würde, wäre schon viel erreicht. Diese Richtlinie beinhaltet gegenüber deutschem Recht deutliche Verbesserungen für Leiharbeitskräfte wie

- die zeitliche Begrenzung von Leiharbeit mit dem Ziel: Übergang in eine Festanstellung beim Einsatzbetrieb;
- das Verbot von Vermittlungsgebühren bei einer Festanstellung;
- die Gleichbehandlung gegenüber Festangestellten bezüglich Entlohnung, aber auch beim Zugang zu Weiterbildungsangeboten des Einsatzbetriebs, bei der Nutzung von Gemeinschaftseinrichtungen, Essenszuschüssen, Kinderbetreuung etc. Bei einer Befristung des Leihar-

<sup>1</sup> Ziel des Synchronisationsverbots war, dass Leiharbeitsfirmen ArbeitnehmerInnen sozialversicherungspflichtig unter Vertrag nehmen und bei Bedarf an Kunden verleihen. Verhindert werden sollte damit, dass ArbeitnehmerInnen ausschließlich nach dem Bedarf von Unternehmen von Leiharbeitsfirmen angestellt und vermittelt werden – ein Zustand, der mittlerweile quasi Normalität ist.

beitsverhältnisses gilt sowohl die voll umfassende Gleichbehandlung als auch die Gleichbezahlung;

- die Beschränkung der tariflichen Öffnungsklausel, also keine Abweichungen vom Gleichbehandlungsgrundsatz durch einen Tarifvertrag;
- wirksame Sanktionen bei Verstößen.

Die IG Metall fordert von der Bundesregierung, die Umsetzung der europäischen Leiharbeitsrichtlinie in nationales Recht ohne weitere Verzögerung anzugehen.

*Leiharbeit ist eine von verschiedenen neuen Erwerbsformen, die in fast allen europäischen Ländern zunimmt. Wie ist die Situation der über Leiharbeitsfirmen vermittelten Beschäftigten in anderen europäischen Ländern?*

Der Verleih von Arbeitskraft ist in allen 27 EU-Staaten mehr oder weniger gängige Praxis. Wie das Dreiecksvertragsverhältnis zwischen Arbeitnehmer, Verleih- und Entleihbetrieb geregelt ist, ist jedoch sehr unterschiedlich. Leiharbeit ist also nicht gleich Leiharbeit. Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt, wie Leiharbeit auch hierzulande fairer gestaltet werden könnte und dabei dennoch weiter für die Bewältigung von Auftragsspitzen nutzbar bleibt. Er zeigt jedoch auch, dass die Situation von Leiharbeitnehmern noch prekärer sein kann, wenn sie kaum oder gar nicht reguliert ist.

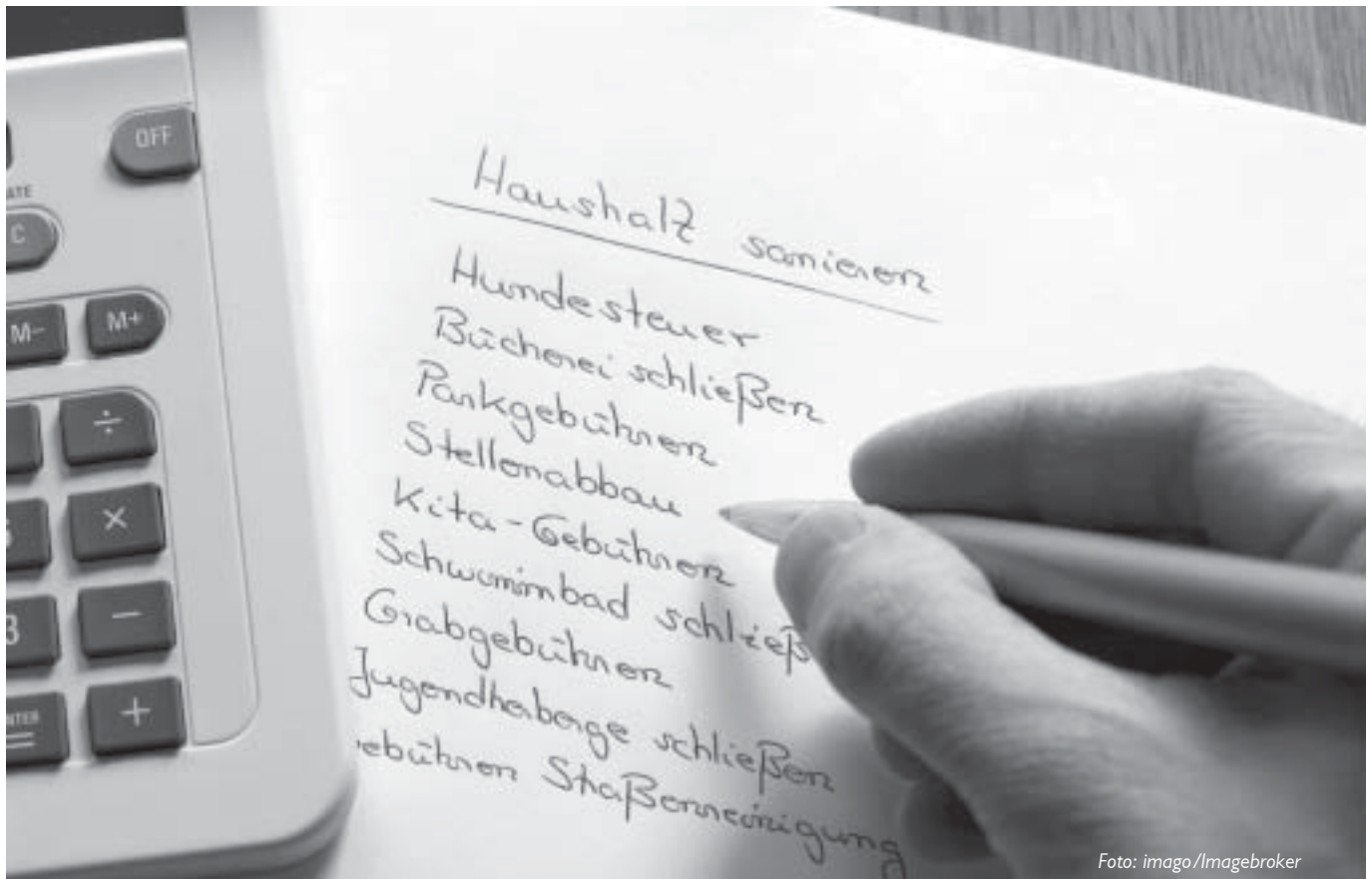
In einigen EU-Ländern wie Frankreich und Spanien wird der Grundsatz »Gleicher Lohn – Gleiche Arbeit« tatsächlich umgesetzt. In Deutschland und den Niederlanden steht dieser Grundsatz oftmals nur auf dem Papier

*Die Zukunft der Arbeit ist ein Thema, das auch Lehrkräfte im Sozial- und Wirtschaftskundeunterricht oder SozialpädagogInnen in entsprechenden Trainingseinheiten behandeln. Eine kurze Einschätzung zum Schluss: Wie wird sich die Leiharbeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt entwickeln?*

Es muss uns gelingen, die Politik dazu zu bringen, endlich faire und gerechte Rahmenbedingungen für Leiharbeit zu schaffen. Dann haben wir die Chance, dass Leiharbeit zukünftig die Rolle spielen wird, die ihr ursprünglich zugeordnet war. Nämlich Auftragsspitzen abzufangen und eine Brücke in Festanstellung zu sein. Gelingt uns das nicht, wird Leiharbeit als Instrument zum Lohn dumping und zur zunehmenden Prekarisierung des Arbeitsmarktes an Bedeutung gewinnen. Und wenn man bedenkt, dass schon jetzt fast 40 Prozent der unter 30-Jährigen mit einer Vollzeit-tätigkeit keinen festen Arbeitsplatz haben, sondern ihr Geld von einer Leiharbeitsfirma bekommen, ist es nicht schwer sich vorzustellen, welche Auswirkungen diese Situation gerade auf die junge Generation hat.

*Vielen Dank für das Gespräch.*





## Gewerbesteuer wieder einmal auf dem Prüfstand

Im Februar 2010 wurde von der Bundesregierung die Gemeindefinanzkommission eingesetzt. »Aufgabe der Kommission ist es, auf der Basis einer zeitnahen Bestandsaufnahme Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems zu erarbeiten und zu bewerten.« Das klingt zunächst einmal ganz harmlos, gar vernünftig. Tatsache ist, dass damit eine Kommission eingesetzt wurde, die wieder einmal die Gewerbesteuer auf den Prüfstand stellen und möglichst abschaffen soll. Die Ideen und Argumente, die sich gegen die Gewerbesteuer richten, sind nicht neu und werden durch stetes Wiederholen auch nicht überzeugender.

In guten Zeiten bringt diese Steuer den Kommunen 40 Milliarden Euro im Jahr – wie 2008 geschehen –, im Jahr einer Krise, wie sie 2009 vom Bankensektor über die Volkswirtschaften gebracht wurde, immerhin 33 Milliarden. Eine Menge Holz. Die Gegner der Gewerbesteuer – das sind vornehmlich jene Wirtschaftskreise, die sie bezahlen müssen – wollen dieses Holz nicht länger beisteuern. Deshalb polemisieren sie gegen diese Steuergattung, als ob sie weltweit einmalig wäre – schließlich gibt es auch in den USA und mehreren EU-Ländern ähnliche Steuern, wenn auch unter anderen Namen. Und die Bundesregierung ist für diese Polemik leider sehr empfänglich.

Neuerdings vergießen die Gegner sogar Krokodilstränen, weil die Gewerbesteuer so schrecklich konjunkturab-

hängig sei und den Kommunen in der Stunde der Krise nicht wirklich helfe – dabei haben die Kritiker selber im Laufe der Jahrzehnte die Gewerbesteuer demontiert und (fast) nur die Gewinnbesteuerung übrig gelassen, wodurch diese Steuer immer konjunkturabhängiger wurde. Wer den Kommunen tatsächlich helfen möchte, bräuchte nur die Gewerbesteuer wieder deutlich zu stärken.

### Kein Licht am Ende des Tunnels

Und die Städte bedürfen tatsächlich dringend der Unterstützung. Das zeigt schon der Bericht, den der Wuppertaler Oberbürgermeister von der CDU auf einer der letzten Sitzungen des Deutschen Städtetages seinen Kollegen gab: Seine Rechtsaufsichtsbehörde in Nordrhein-Westfalen habe seiner Stadt verboten (!), junge Leute auszubilden, weil das die Kassenlage nicht mehr erlaube! Wenn das nicht ein Armutszeugnis ist!

Anfang September wurde vom Deutschen Städtetag der Gemeindefinanzbericht veröffentlicht unter der Überschrift »Kein Licht am Ende des Tunnels«. Das kommunale Finanzierungssaldo ist regelrecht abgestürzt. Das Defizit zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben betrug im Jahr 2009 insgesamt 7,2 Milliarden Euro. Diese alarmierende Entwicklung setzt sich auch in diesem Jahr mit einem bisher prognostizierten Defizit von fast 15 Milliarden Euro

dramatisch fort. Die Kassenkredite, die viele Städte zur kurzfristigen Finanzierung ihrer laufenden Ausgaben aufnehmen müssen, erreichten am Ende des ersten Quartals 2010 das Rekordniveau von 37,3 Milliarden Euro.

## Gefahr für normale Steuerzahler und Steuerzahlerinnen

Es wäre tatsächlich sinnvoll, in einer Kommission darüber zu diskutieren, wie die Gewerbesteuer gestärkt werden kann und wie man die Kommunen bei den stetig steigenden Sozialausgaben entlasten kann. Stattdessen steht ein nicht mehr ganz neues Modell als Ersatz für die Gewerbesteuer im Mittelpunkt der Diskussion. Aber hier kann man nur warnen: In dieser Debatte lauert eine große Gefahr für normale Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, deshalb sollten sie diese mit größter Aufmerksamkeit verfolgen – auch wenn es sich um scheinbar trockene Materie handelt! Wenn es jetzt wieder einmal um die Zukunft der Gewerbesteuer geht, wird immerhin über die Frage debattiert, ob eine Last von bis zu 40 Milliarden Euro pro Jahr auf Verbraucher, Verbraucherinnen und Berufstätige abgewälzt werden soll – und ob die Kommunen noch mehr zur Ader gelassen werden sollen als bereits geschehen!

Mittlerweile hat sogar die Wirtschaftslobby eingeräumt, dass die kommunale Finanznot nicht weiter verschärft werden darf. Deshalb verspricht sie den Kommunen einen »einnahmeneutralen Ersatz«. Das klingt beruhigend, ist es aber nicht. Wie soll der Ersatz denn aussehen? Der Koalitionsvertrag nennt als Erstes die Umsatzsteuer. Aber kann der Bund, können die Länder da etwas abgeben? Der Koalitionsvertrag sagt klar: Nein. Auch für Bund und Länder soll das Ganze »aufkommensneutral« sein. Wie kann das Problem dann mit Hilfe der Umsatzsteuer gelöst werden? Nur mit einer Erhöhung! Das ist keine Unterstellung, sondern ein mathematisches Gesetz. Das Ziel heißt also: Gewinnstarke Unternehmen von der Finanzierung der kommunalen Infrastruktur befreien, indem die Last den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufgebürdet wird.

Nehmen wir das Beispiel München: Die Stadt hat auch im vergangenen Krisenjahr 1,35 Milliarden Euro Gewerbesteuer eingenommen. Ein »Ersatz« durch die Umsatzsteuer würde bedeuten, jeden hier lebenden Menschen – vom Baby bis zur Rentnerin – mit durchschnittlich 1.000 Euro im Jahr zusätzlich zu belasten. Warum sagt dies niemand offen und ehrlich?

Die zweite »Ersatz«-Möglichkeit heißt »Lohn- und Einkommenssteuer«. Also eine drastische Mehrbelastung aller

Berufstätigen. Das wäre das absolute Gegenteil der frohen Botschaft »Mehr Netto vom Brutto«, mit der diese Regierung gewählt wurde und angetreten ist!

Besonders problematisch wäre dabei das kommunale »Recht«, einen örtlichen Zuschlag zu erheben. Es ist ja in jeder Region dasselbe: Die Kernstadt muss die öffentlichen Verkehrsmittel finanzieren, Wohnungen bauen, Gebäude für Gymnasien und Berufsbildungszentren errichten, neben Museen auch ein Theater und ein Orchester bieten, Umlandgemeinden hingegen haben mit Erschließungsstraßen und Kindergärten ihre Hausaufgaben schon weitgehend erledigt. Die Kernstädte müssten bei der Einkommenssteuer »kräftig hinlangen«, Umlandgemeinden hingegen könnten sich großzügig geben. Die Folge: »Besserverdienende« würden mit steuerlichen Mitteln motiviert, »raus ins Grüne« zu ziehen, die finanzielle Entlastung zu suchen – auch wenn dadurch die Kernstadt noch mehr ausgehungert und überdies ein gigantisches Verkehrsaufkommen ausgelöst wird. Strukturpolitik und Umweltschutz sehen anders aus.

## Gewerbesteuer stärken, statt schwächen

Noch 2009 auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Bochum bekräftigte die Kanzlerin, sie werde sich »dem wirtschaftlichen Druck nicht beugen« und sie stehe zur Gewerbesteuer. Jetzt umzufallen, wäre nicht nur ein Wortbruch – es wäre ein Fehler, der den Standort Deutschland schädigt. Die Städte brauchen auch in Zukunft die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Steuer.

Die Städte erbringen tagtäglich zahlreiche Leistungen der Daseinsvorsorge, die für das Funktionieren unseres Lebens und unserer Wirtschaft unerlässlich sind. Wasserversorgung, Nahverkehr, Abfallentsorgung, Krankenhäuser, Altenheime und Straßenbau müssen zuverlässig funktionieren, damit Wirtschaft und Gesellschaft sich entwickeln können. Denn mit finanziell zusammenbrechenden Städten lässt sich kein Staat machen. Und schon gar keine Bildungspolitik: Wer die Städte schwächt, nimmt ihnen die Kraft, neue Krippen zu bauen, Erzieherinnen und Erzieher einzustellen, Schulen zu sanieren, Nachmittagsbetreuung zu ermöglichen und mit der Volkshochschule »life long learning« anzubieten.

Interessiert das wirklich niemanden in der »Bildungsrepublik Deutschland«?

von Christian Ude

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München  
und Vizepräsident des Deutschen Städtetages







## Das Steuerkonzept der GEW

– auch ein Beitrag gegen die Abwälzung der Krisenlasten

Die Forderung nach einem generellen Um-Steuern wird von der GEW erhoben, seitdem sie sich Ende der 90er-Jahre über die Bildung einer Arbeitsgruppe »Bildungsfinanzierung« verstärkt mit diesem Thema befasst. Im Beschluss »Gute Bildung für alle ist möglich« des jüngsten Gewerkschaftstages vom April 2009 in Nürnberg fand das erneut seinen Niederschlag. Zum darin befürworteten Steuerkonzept des DGB ist es leider nicht gekommen. Deshalb hat sich die GEW auf ihrer Hauptvorstandssitzung im ersten Halbjahr 2010 zu einem eigenen Steuerkonzept entschlossen.

### Einnahmeausfälle

Kai Eicker-Wolf, der die Entwicklung dieses Konzepts in der AG Bildungsfinanzierung maßgeblich übernommen hatte und von Achim Truger vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung dabei stark unterstützt wurde, stellte es bereits in der diesjährigen Mai-Ausgabe der Erziehung & Wissenschaft vor und schrieb einleitend u. a.: »Die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben in Deutschland von 1998 bis 2008 ist atemberaubend restriktiv. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der gesamtstaatlichen Ausgaben liegt bei nur 1,4 Prozent. Der Durchschnittswert der alten EU-Länder lag knapp dreimal so hoch. In diesem Zeitraum verzeichnete kein anderes entwickeltes Land – mit Ausnahme Japans –

ein niedrigeres Staatsausgabenwachstum als Deutschland.« Die Steuer-»Reformen« der rot-grünen Bundesregierung seit 1998 haben sehr hohe Steuerausfälle verursacht. In erster Linie davon profitiert haben reiche Haushalte. Der Unternehmenssektor ist kräftig »entlastet« worden, man spricht von elf Milliarden Euro jährlich. Die herrschende Politik führt nun, einerseits mit erneuten Steuergeschenken an die Unternehmensseite, andererseits mit der »Schuldenbremse« und dem drastischen Herunterfahren der öffentlichen Haushalte, die Spar- und Steuerpolitik jener Periode weiter. Das macht alles andere als Hoffnung auf die nötigen Ausgabensteigerungen der öffentlichen Hand. Damit drohen auch die Aussichten auf die allseits versprochene Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben zu zerfließen.

### »Die Verursacher sollen zahlen!« – Aber wie?

Aber es gibt noch einen zweiten Grund, an einem öffentlichen Um-Steuern festzuhalten: Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen darüber wer nun die Hauptlasten der derzeitigen tiefen Krise zu tragen hat, gehen mit den Herbstaktionen des DGB und der Sozialen Bewegungen in eine neue Runde. Eine der Hauptforderungen heißt »Die Verursacher sollen zahlen!«. Wenn wir uns einig sind, dass das Gesamtkapital nicht nur die Krise verursacht, sondern auch noch von den Rettungsmaßnahmen der Allgemeinheit pro-

fitiert, soll es auch insgesamt für die Folgen aufkommen. Wie das geschehen kann? Die wichtigste Form wäre eine drastische Erhöhung der Gewinnsteuern, d. h. des Körperschaftsteuersatzes und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer. Ein größerer Teil des Mehrwerts als zuvor muss an den Staat abgeführt werden, um die Vollkaskoversicherung zu finanzieren, die der Staat dem Gesamtkapital bietet.<sup>1</sup>

## Spitzensteuersätze, Grundfreibeträge ...

Das GEW-Modell sieht nun im Bereich der Einkommensteuer genau eine solche Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 53 Prozent vor. Das soll bei Besserverdienenden ab ungefähr 70.000 Euro zu versteuerndem Jahresverdienst greifen. Durch die Anhebung des Grundfreibetrags auf 8.500 Euro und eine entsprechende Änderung bei den Steuersätzen würden untere und mittlere Einkommen entlastet. Eine Reichensteuer in Höhe von 56 Prozent soll ab einem jährlichen Einkommen von 125.001 Euro erhoben werden. Des Weiteren beinhaltet das Konzept die Abschaffung des Ehegattensplittings: Für den nicht oder geringer verdienenden Ehepartner wird vorgeschlagen, dass ein zweiter Grundfreibetrag in Höhe von 8.500 Euro geltend gemacht werden kann. Unternehmen werden im GEW-Steuerkonzept gemäß ihrer »Leistungskraft« höher belastet. Unter anderem ist daran gedacht, die Gewerbe- zur Gemeindefinanzierungssteuer auszubauen, indem z. B. der Kreis der Steuerpflichtigen um Selbstständige und Freiberufler erweitert wird. Dadurch könnten die Kommunen mehr Geld erhalten, ihnen fließt der überwiegende Teil dieser Steuer zu.

## ... und mehr

Auch die verfassungsgemäße Wiedereinführung der Vermögensteuer mit einem Freibetrag von 500.000 Euro und einem – wie ich meine – moderaten Steuersatz in Höhe von einem Prozent sowie die Reform der Erbschaftsteuer sind

<sup>1</sup> siehe: <http://klartext-info.de/blog/?p=215>, Rainer Roth: »Wir zahlen nicht für Eure Krise!« – Aber wie?



im Konzept enthalten. Die geforderten verstärkten Kontrollen durch mehr Personal sollen den Steuervollzug effektiver machen. Eine zentrale Forderung der Sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften ist die Besteuerung von Wertpapier- und Devisentransaktionen aller Art durch eine Finanztransaktionssteuer. Hier geht die GEW davon aus, dass diese nur im Rahmen der Europäischen Union verwirklicht werden kann. Bis dahin könnte Deutschland eine Finanzproduktsteuer einführen, die das gesamte Spektrum der über die Börse und außerbörslich gehandelten Transaktionen erfasst.



Dieses Plakat verweist auf das Steuerkonzept der GEW.

## Zwei Fliegen

Alle Maßnahmen zusammen würden zu Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 75 Milliarden Euro führen. Damit hat die GEW gezeigt, dass eine Erhöhung der Bildungsausgaben zu finanzieren wäre und sich die öffentliche Hand durchaus die dringend erforderlichen Ressourcen verschaffen könnte, um mehr Geld in die Bildung zu investieren. Und sie hat damit einen Beitrag zum Widerstand gegen die geplante Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten geleistet.

Also: mit einer Klappe zwei Fliegen, na, sagen wir ruhig: Brummer.

## von Reinhard Frankl

Mitglied des Landesvorstandes der GEW Bayern, Sprecher AG Bildungsfinanzierung beim GEW-Hauptvorstand + der AG Perspektiven in der GEW Bayern



Wir bitten darum auch den Veranstaltungshinweis auf Seite 30 dieser DDS beachten!



# Rente mit 67 – alle Voraussetzungen fehlen!

Eine Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer und des Renteneintrittsalters gehören zu den zentralen sog. Lissabon-Strategien der EU. Auch in Deutschland wird mit der Rente mit 67 eine solche Politik verfolgt, wobei nur in wenigen anderen Ländern eine so hohe Regelaltersgrenze besteht bzw. angestrebt wird. Demografische Argumente prägen die Diskussion – insbesondere die längeren Rentenbezugsdauern und ein angeblich bald bevorstehender Mangel an Fach-/Arbeitskräften sowie die Rentenfinanzen (konkret eine überwiegende Fixierung auf das Ziel der Beitragssatzstabilität).

## Arbeitsbedingungen – zentrale Voraussetzung

Mit dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz wurde eine Bestandsprüfungsklausel verabschiedet, die die Regierung verpflichtet, ab 2010 alle vier Jahre zu berichten, ob die Voraussetzungen für eine Anhebung des Rentenalters überhaupt gegeben sind. Geprüft werden explizit die Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie die wirtschaftliche und soziale Situation älterer ArbeitnehmerInnen. Damit sind zwingend auch die gesundheitliche Situation und die gruppenspezifischen Arbeitsbedingungen thematisiert, da es Berufe gibt, bei denen unbestreitbar ein Arbeiten bis zur (bisherigen) Regelaltersgrenze eher die Ausnahme ist. Dennoch fehlen noch immer konkrete Angaben zur Entwicklung der Arbeitsbedingungen und den daraus resultierenden gesundheitlichen Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit bis 65/67 in der politischen Debatte. Eine dringend nötige »Arbeitsweltberichterstattung« ist allenfalls in Ansätzen vorhanden.

## Keine schöne neue Arbeitswelt

Es gibt klare empirische Hinweise, dass die These, Arbeitsbedingungen würden sich permanent verbessern und, daraus abgeleitet, die Arbeitsfähigkeit würde sich bis 65 und darüber hinaus erhöhen, nicht trägt. Forschungen im Umfeld des BKK-Bundesverbandes belegen, dass sich ein erheblicher Teil der Rentenzugänge aufgrund von Erwerbsminderung direkt aus Belastungen während der Erwerbsbiografien ableitet. Untersuchungen aus unserem Institut zeigen sowohl enge Zusammenhänge zwischen gruppenspezifischen Arbeitsbedingungen, subjektiver Erwartung der Arbeitsfähigkeit bis zum Rentenalter und tatsächlichem Verrentungsgeschehen als auch eine Entwicklung des Vorkommens von Arbeitbelastungen

(jenseits der Frage ihrer Intensität), die nicht darauf hindeuten, dass man in der jüngeren Vergangenheit von einer Verbesserung sprechen könnte. Das bestätigen auch Studien der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin, die mehrfach darauf hingewiesen haben, dass es in der letzten Dekade an den nötigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen mangle, die Voraussetzung einer Erhöhung der Altersbeschäftigung wären.

## Physische Belastungen nahezu unverändert

Körperliche Schwerarbeit, einseitige körperliche Belastungen oder dauernde einseitige Körperhaltung gefährden unbestritten den Erhalt von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit.

Sowohl die Analysen aus dem Sozioökonomischen Panel als auch aus der BIBB/IAB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung<sup>1</sup> belegen einen seit den 1980er-Jahren nahezu unveränderten Anteil an Beschäftigten, die in ihrer täglichen Arbeit schweren körperlichen Belastungen ausgesetzt sind. Nach dem Sozioökonomischen Panel liegt der Anteil an westdeutschen Befragten, die angeben, schwere körperliche Arbeit zu leisten, mit 14 Prozent aller abhängig Beschäftigten 2001 – mit leichten Schwankungen – noch ebenso hoch wie 1985. In der BIBB/IAB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung wird bei physischen Belastungen zwischen dem Heben schwerer Lasten und dem Arbeiten in ungünstiger Haltung unterschieden. Zusammengenommen ergeben sich so noch deutlich höhere Werte: Um die 30 Prozent geben an, dass mindestens eine dieser Belastungen »häufig« oder öfter der Fall ist. Zwar liegt die Verbreitung an physischen Arbeitsbelastungen je nach Datenbasis und Definition in den Frageformulierungen auf einem unterschiedlich hohen Niveau, eine allgemeine Verbesserung der Beschäftigungssituation ist jedoch nach den vorliegenden Datenquellen nicht zu erkennen. Hohe physische Beanspruchungen gehören für einen großen Anteil der abhängig Beschäftigten nach wie vor zum Arbeitsalltag.

Gleichwohl ist jedoch zu beobachten, dass keineswegs alle Beschäftigtengruppen in gleichem Umfang von physischen Belastungen betroffen sind. Bei Beschäftigten ohne Berufsausbildung ist der höchste Anteil an Personen mit körperlichen Arbeitsbelastungen festzustellen. Ein Befund, der in beiden Datenquellen und zu allen Befragungszeitpunkten



<sup>1</sup> BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung  
IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit  
BAuA – Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin



ten zu beobachten ist. Gerade bei HandwerkerInnen, MaschinenbedienerInnen und HilfsarbeiterInnen sind demnach hohe körperliche Belastungen festzustellen. Deutlich ist insbesondere der Anstieg körperlich schwerer Arbeit bei (einfachen) Dienstleistungsberufen bzw. VerkäuferInnen, der vor allem seit 1989 beobachtet werden kann. Beschäftigte mit (Fach-)Hochschulabschluss sind dagegen – wenn auch am aktuellen Rand mit leicht steigender Tendenz – kaum von körperlich schwerer Arbeit betroffen.

## Psychische Belastungen auf dem Vormarsch

Im Rahmen dieses Artikels kann das facettenreiche Thema psychischer Arbeitsanforderungen nur umrissen werden. Im Jahr 2001 gaben 29 Prozent aller westdeutschen Beschäftigten an, bei ihrer Tätigkeit hohe nervliche Anspannung zu empfinden. Im Zeitverlauf zeigt sich eine leicht steigende Tendenz. Bezogen auf Termin- und Leistungsdruck liegt der Anteil der Betroffenen ebenfalls mit steigender Tendenz zwischen 40 bis über 50 Prozent. Vieles deutet also darauf hin, dass psychische Belastungen in ihrer Intensität zugenommen haben und dass die Auswirkungen langjähriger Beanspruchungen zunehmend beobachtet werden können. Auch als Ursachen für krankheitsbedingte Frühverrentung sind psychische Erkrankungen auf dem Vormarsch, wie verschiedenste Krankenkassendaten zeigen.

Im Gegensatz zu physischen Belastungen ist hierbei allerdings zu berücksichtigen, dass gerade gut ausgebildete Beschäftigte mit (Fach-)Hochschulabschluss am häufigsten von psychischen Arbeitsbeanspruchungen berichten, Beschäftigte ohne Berufsabschluss dagegen deutlich seltener. Mit Werten zwischen einem und zwei Fünfteln aller Befragten liegt ihr Anteil jedoch immer noch auf durchaus hohem Niveau. Da sich die Art der psychischen Belastungen zwischen den Qualifikationsgruppen deutlich unterscheidet, ist die Möglichkeit der Kompensation bzw. der ausgleichenden »Belohnung« bei der Beschäftigtengruppe ohne Berufsabschluss meist nicht gegeben.<sup>2</sup>

Die vorliegenden Beispiele – und viele weitere Analysen – belegen jedenfalls, dass die psychischen Arbeitsbelastungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten keineswegs abgenommen haben und somit die Voraussetzungen für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters nicht gegeben sind.

Zweifellos müssen diese Befunde erweitert und detailliert werden. Die vorgeschriebenen Berichte zur Bestandsprüfungsklausel wären ein guter Anlass, endlich von staatlicher Seite in die Arbeitsweltberichterstattung einzusteigen. Am aktuellen Rand, für die letzten Jahre, liefern die Gewerkschaften z. B. mit dem »DGB-Index Gute Arbeit« einen wertvollen Beitrag. Allerdings bedarf es auch der retrospektiven Analyse, entsprechender Rückgriffe auf Daten zur Erwerbsbiografie etc.

<sup>2</sup> Dem Modell der Gratifikationskrise nach Siegrist zufolge ist die Diskrepanz von Einsatz und Belohnung für das Krankheitspotenzial von psychischen Belastungen ausschlaggebend.

## Die Betriebe tun zu wenig

Die vorliegenden Betriebs- und Arbeitgeberbefragungen der letzten Jahre zeigen kaum Fortschritte bei der Verbreitung von Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit. So weist das IAB-Betriebspanel, eine große jährliche Repräsentativerhebung, eindeutig nach:

- Der Anteil der Betriebe, die Maßnahmen für ältere Beschäftigte praktizieren, an allen Betrieben, die überhaupt über 50-Jährige beschäftigen, ist zwischen 2002 und 2008 von 20 auf 17 Prozent gesunken – trotz aller Kampagnen und Best-Practice-Beispiele.
- Es sind zwar heute mehr Betriebe in der Weiterbildung aktiv als noch vor einigen Jahren. Die Einbeziehung der Beschäftigtengruppen in die Weiterbildung wird aber immer selektiver, gerade Ältere – speziell aber Geringqualifizierte – werden häufig nicht einbezogen.
- Bei den Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung, Frauenförderung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind in der Privatwirtschaft keine Fortschritte zu verzeichnen. Flexibilität definiert sich immer mehr von der Betriebsseite her.
- Maßnahmen zur Gesundheitsprävention und -förderung sind viel zu wenig verbreitet. Wie andere Befragungen zeigen, werden nicht einmal gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen wie Gefährdungsbeurteilungen von einer Mehrheit der Betriebe durchgeführt.

Angesichts solcher Befunde erscheint auch der Verweis in der Begründung des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes wenig tragfähig, der die Tarifparteien verstärkt für die Schaffung von Bedingungen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit in die Pflicht nehmen will. Das ist zwar grundsätzlich sinnvoll, reicht aber bei Weitem nicht aus. Staatliche Regulierung ist zunehmend unverzichtbar (z. B. Weiterbildungsgesetz und -umlage, scharfe Kontrollen des Arbeitsschutzes) und Verletzungen bedürfen angemessener Sanktionierung, um die »unternehmerische Grenzmorale« (Adam Smith) im Zaum zu halten.

Auch der allfällige Verweis auf die Eigenverantwortung der Beschäftigten (die es natürlich bei Fragen der Gesundheitsprävention und Weiterbildung auch gibt) ist unzureichend. Zu bedenken ist z. B., dass laut Mikrozensus Entlassungen und ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aus gesundheitlichen Gründen die dominanten Gründe für den vorzeitigen Erwerbsaustritt Älterer sind.

In jedem Fall ist festzuhalten: Die Rente mit 67 ist voraussetzungsreich – die Voraussetzungen sind aber nicht erfüllt.



von (v. l. n. r.)  
**Falko Trischler**  
**Markus Holler**  
**Tatjana Fuchs**

WissenschaftlerInnen am Inifes Institut Stadtbergen

Den ausführlichen Artikel mit belegenden Grafiken und Literaturhinweisen stellen wir auf unsere Homepage auf die DDS-Seite: [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)

## Neues Dienstrecht in Bayern:

# Die neue Ruhestandsregelung für BeamtInnen

Zum 1. Januar 2011 tritt das »Gesetz zum Neuen Dienstrecht in Bayern«, ein sogenanntes Rahmengesetz, in Kraft. Es enthält Aktualisierungen und Änderungen bestehender Gesetze sowie einige neue Gesetze. Aktualisiert wurde u. a. das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG). Neu sind u. a. das Bayerische Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) und das Leistungslaufbahngesetz (LlbG).

In dieser und den nächsten Ausgaben der DDS werden in einigen Artikeln Details vorgestellt, die für Lehrkräfte von besonderer Bedeutung sein dürften:

- Hinausschieben der Altersgrenzen für die Versetzung in den Ruhestand
- Neuregelung der Altersgrenze für Lehrkräfte
- Versorgungsaufschlag und -abschlag
- Änderungen bei der Besoldung im Rahmen der Einstellung
- Dienstliche Beurteilung und Leistungsfeststellung

### Altersgrenze für die Versetzung in den Ruhestand

- Die gesetzliche Altersgrenze wird gemäß Art. 62 Bayerisches Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) n. F. ab dem 1. Januar 2011 analog dem Rentenrecht auf das vollendete 67. Lebensjahr angehoben. Dies soll unterbleiben, falls die schon lange beschlossene Änderung des Rentenrechts nicht in Kraft tritt. Nach aktueller Rechtslage ist von der beabsichtigten Anhebung der Altersgrenzen auszugehen. Bis dahin gilt die besondere Altersgrenze für Lehrkräfte in der am

31.12.2010 geltenden Fassung des BayBG: Das Ende des Schuljahres, das dem Schuljahr vorangeht, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird. (Einfacher: Das Ende des Schuljahres, in dem das 64. Lebensjahr vollendet wird.)

- Laut Art. 62 BayBG n. F. gibt es künftig für alle Lehrkräfte je nach Geburtsmonat zwei Altersgrenzen, nämlich jeweils das Ende des Schulhalbjahres, das auf die Vollendung der gesetzlichen Altersgrenze folgt. Da ein Schuljahr aus zwei Halbjahren besteht, gibt es künftig also zwei Altersgrenzen für Lehrkräfte, was für einige Schularten neu ist.

In diesen Schularten gibt es bisher als Altersgrenze nur das Ende des Schuljahres. Aus dieser neuen Vorgabe ergeben sich möglicherweise ungeahnte Probleme, weil es dort keinen Einstellungstermin Ende Januar bzw. Mitte Februar gab. Da sich die Geburtstage der Lehrkräfte statistisch wohl eher gleichmäßig über das Kalenderjahr verteilen, wird etwa die Hälfte der sonst erst zum neuen Schuljahr wegen Versetzungen in den Ruhestand notwendigen Neueinstellungen bereits im Frühjahr erfolgen müssen.

### Übergangsregelung zur Anhebung der Altersgrenzen

Für einen relativ langen Zeitraum ist eine Übergangsregelung vorgesehen, während der noch nicht die gesetzliche Altersgrenze des vollendeten 67. Lebensjahres, sondern das Erreichen eines bestimmten sogenannten »Lebensalters« maßgeblich ist. Die Einzelheiten können der folgenden Tabelle aus Art. 143 BayBG n. F. entnommen werden.

**Tabelle (Art. 143 BayBG n. F.)**

Beamte und Beamtinnen des Geburtsjahrgangs	Lebensalter
1947 nach dem 1. August geborene Lehrkräfte	65 Jahre und 1 Monat
1948	65 Jahre und 2 Monate
1949	65 Jahre und 3 Monate
1950	65 Jahre und 4 Monate
1951	65 Jahre und 5 Monate
1952	65 Jahre und 6 Monate
1953	65 Jahre und 7 Monate
1954	65 Jahre und 8 Monate
1955	65 Jahre und 9 Monate
1956	65 Jahre und 10 Monate
1957	65 Jahre und 11 Monate
1958	66 Jahre
1959	66 Jahre und 2 Monate
1960	66 Jahre und 4 Monate
1961	66 Jahre und 6 Monate
1962	66 Jahre und 8 Monate
1963	66 Jahre und 10 Monate

Ein kleiner Teil der Lehrkräfte kommt im Gegensatz zu anderen Beamtinnen und Beamten in den Genuss einer Sonderregelung:

Vor dem 2. August 1947 geborene Lehrkräfte werden noch nach den am 31.12.2010 geltenden Regelungen in den Ruhestand versetzt. Alle nach dem 1. August 1947 geborenen Lehrkräfte werden jedoch von den »Segnungen« der Anhebung erfasst.

Wer sich ausrechnen möchte, wann die Versetzung in den Ruhestand voraussichtlich erfolgen wird, muss erst das maßgebliche individuelle »Lebensalter« bestimmen und anschließend das Ende des darauf folgenden Schulhalbjahres.

- Das »Lebensalter« ist das Erreichen der persönlichen Altersgrenze (vgl. die folgenden Tabellen). Lehrkräfte werden auch künftig nicht »termingerecht« während des Schuljahres in den Ruhestand versetzt. Für sie gelten weiterhin besondere gesetzliche Altersgrenzen, nämlich das Ende des darauf folgenden Schulhalbjahres.
- Im Gegensatz zum Ende des Schulhalbjahres im Sommer, das mit dem Ende des Schuljahres am 31. Juli eindeutig festliegt, ist die Regelung im Herbst-/Winterhalb-

jahr schwieriger. Rein rechnerisch ist das der 31. Januar. Da jedoch der Termin für das Zwischenzeugnis bislang der Freitag der zweiten vollen Woche im Februar ist und in den Ruhestand versetzte Lehrkräfte keinen Dienst leisten, würden sie nach einer Versetzung in den Ruhestand zum 31. Januar weder die Zwischenzeugnisse schreiben noch sie austeilen. Ob deshalb das »Ende des Schulhalbjahres« der Termin des Zwischenzeugnisses sein wird oder der 31. Januar oder ob gar der 31. Januar Termin für das Zwischenzeugnis werden soll, ist noch klärungsbedürftig.

Für folgende Fälle gelten **Ausnahmeregelungen**:

- Beamte und Beamtinnen, die sich am 1. Januar 2011 in der Freistellungsphase der Altersteilzeit nach Art. 91 BayBG oder bei einer ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit aufgrund eines Arbeitszeitmodells nach Art. 88 Abs. 4 (»Sabbatjahrmmodell«) bis zum Ruhestand befinden,
- Beamte und Beamtinnen, die am 1. Januar 2011 nach Art. 89 BayBG (familienpolitische Beurlaubung) oder Art. 90 BayBG (arbeitsmarktpolitische Beurlaubung) bis zum Beginn des Ruhestands beurlaubt sind,
- Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, die sich am 1. Januar 2011 in der Ansparphase der Altersteilzeit im Blockmodell (Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG) befinden, findet Art. 62 BayBG in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung Anwendung.



### Fiktive Beispiele für Berechnungen der Altersgrenze für die Versetzung in den Ruhestand

Vorbemerkungen

- Als Ende des Schulhalbjahres wurde der 31. Januar bzw. der 31. Juli eines Jahres angenommen.
- Bei »normalen« Beamtinnen und Beamten erfolgt die Versetzung in den Ruhestand i. d. R. zum Ende des Monats, in dem die Altersgrenze erreicht wird.

#### Beispiel 1: Geburtsdatum 20.07.1947

Maßgebliches »Lebensalter« inkl. Verlängerung? Entfällt wegen Sonderregelung!	Es gilt Art. 62 BayBG i. d. F. am 31.12.2010: Ende des Schuljahres, in dem das 64. Lebensjahr vollendet wird (vereinfachte Version)
Berechnung	Vollendung des 64. Lebensjahres am 20.07.2011, das ist im Schuljahr 2010/2011
Ruhestandsversetzung »normaler« Beamter/»normale« Beamtin	31.07./01.08.2012 (gesetzliche Altersgrenze 65, somit deutlich später als eine Lehrkraft!)
Ruhestandsversetzung Lehrer/Lehrerin	31.07./01.08.2012 (gesetzliche Altersgrenze für Lehrkräfte laut Art. 62 BayBG i. d. F. am 31.12.2010)



## Beispiel 2: Geburtsdatum 10.08.1947

Maßgebliches »Lebensalter« inkl. Verlängerung	65 Jahre und 1 Monat
Berechnung	10.08.2012 + 1 Monat = 10.09.2012
Ruhestandsversetzung »normaler« Beamter/ »normale« Beamtin	31.08./01.09.2012
Ruhestandsversetzung Lehrer/ Lehrerin	31.01./01.02.2013 (Schulhalbjahresende)

Im Vergleich von Beispiel 1 und 2 wird der »Bruch« erkennbar, den der neue Art. 62 BayBG n. F. für Lehrkräfte bedeutet, weil die gesetzliche Altersgrenze nunmehr auch für Lehrkräfte gilt.

## Beispiel 3: Geburtsdatum 20.09.1948

Maßgebliches »Lebensalter« inkl. Verlängerung	65 Jahre und 2 Monate
Berechnung	20.09.2013 + 2 Monate = 20.11.2013
Ruhestandsversetzung »normaler« Beamter/ »normale« Beamtin	30.11./01.12.2013
Ruhestandsversetzung Lehrer/Lehrerin	31.01./01.02.2014 (Schulhalbjahresende)

## Beispiel 4: Geburtsdatum 18.06.1949

Maßgebliches »Lebensalter« inkl. Verlängerung	65 Jahre und 3 Monate
Berechnung	18.06.2014 + 3 Monate = 18.09.2014
Ruhestandsversetzung »normaler« Beamter/ »normale« Beamtin	30.09./01.10.2014
Ruhestandsversetzung Lehrer/Lehrerin	31.01./01.02.2015 (Schulhalbjahresende)

## Beispiel 5: Geburtsdatum 21.01.1950

Maßgebliches »Lebensalter« inkl. Verlängerung	65 Jahre und 4 Monate
Berechnung	21.01.2015 + 4 Monate = 21.05.2015
Ruhestandsversetzung »normaler« Beamter/ »normale« Beamtin	31.05./01.06.2015
Ruhestandsversetzung Lehrer/Lehrerin	31.07./01.08.2015 (Schulhalbjahresende)

## Beispiel 6: »Grenzwertiges« Geburtsdatum 15.08.1964

Gesetzliche Altersgrenze	67 Jahre (»Endausbau«)
Vollendung des 67. Lebensjahres	15.08.2031
Ruhestandsversetzung »normaler« Beamter/ »normale« Beamtin	31.08./01.09.2031
Ruhestandsversetzung Lehrer/Lehrerin	31.01./01.02.2032 (Schulhalbjahresende)



### von Wolfgang Fischer

Förderschullehrer  
Personalrat  
Mitglied im Landesvorstand der GEW  
Bayern

Für unsere nächsten Ausgaben planen wir weitere Artikel zum Neuen Dienstrecht. Folgende Themen sind vorgesehen: Altersgrenze für Schwerbehinderte, Versorgungsaufschlag und Versorgungsabschlag, Antragsaltersgrenze, Einstellung und Besoldungsstufe sowie periodische Beurteilung.

## Pakistan: Hilfe für Flutopfer

Die Flutkatastrophe in Pakistan hat 5.000 Schulen zerstört und 100.000 Lehrerinnen und Lehrer obdachlos gemacht. Die Bildungsinternationale und die GEW rufen zu Spenden für die Opfer und für den Wiederaufbau auf.

Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer in Pakistan, die infolge der Überschwemmungen humanitäre Hilfe benötigen, wird auf über 100.000 Personen geschätzt. Mit Unterstützung der Bildungsinternationale lassen pakistanische Lehrerorganisationen tausenden Pädagoginnen und Pädagogen, die ihr Hab und Gut in den Fluten verloren haben, Hilfe in der Not zukommen. Sie erhalten Soforthilfe in Form von sauberem Wasser, Zelten und Kleidung. Die Hilfe für die Opfer wird über die drei nationalen pakistanischen Lehrverbände »Pakistan Teachers' Organisations' Council« (PTOC), »All

Pakistan Government School Teachers' Associations« (APGSTA) und »Central Organisation of Teachers« (COT) weitergeleitet, die über weitgespannte Netzwerke im ganzen Land verfügen. Schwerpunktregionen sind die Provinzen Punjab, Sindh, Khyber Pakhtoonkhoa und Azad Kashmir, die am stärksten von der Katastrophe betroffen sind, die von den schlimmsten Überschwemmungen seit achtzig Jahren verursacht wurde. Das Hilfsprogramm wird aus Spenden des Solidaritätsfonds der Bildungsinternationale finanziert und vom pakistanischen Gewerkschaftsbund »All Pakistan Trade Union Congress« (APTUC) koordiniert. Die Unterstützung umfasst auch medizinische Versorgung und Traumabehandlung für die Flutopfer.

**Spendenkonto: Heinrich-Rodenstein Fonds**  
**Konto-Nr. 1 707 274 700 • SEB AG Frankfurt am Main**  
**BLZ 500 101 11 • Stichwort: Pakistanfluthilfe**



## Die Gesundheitsreform – ein langsamer Abschied vom Sozialsystem!

Foto: Robert Michel

Um zu einem Ergebnis zu kommen, wie es jetzt von unserem Bundesgesundheitsminister Rösler Anfang Juli veröffentlicht wurde, braucht es schon einen gewissen Mut. Wenn man bedenkt, dass er noch Ende letzten Jahres in der Öffentlichkeit eine weitreichende und sozial gerecht gestaltete Reform des Gesundheitswesens ankündigte, ist das Resultat doch sehr mickrig.

Auf eine Beitragserhöhung von 14,6 % auf 15,5 %, die vor allem die ArbeitnehmerInnen belastet, hätte man auch ohne große Ankündigungen kommen können. Dabei müssen Arbeitgeber 7,3 % und ArbeitnehmerInnen 8,2 % ihres Einkommens zahlen. Der Beitrag der Arbeitgeber wird auf diesem Niveau bleiben und eingefroren. Der ArbeitnehmerInnenbeitrag hingegen kann je nach Kostenentwicklung durchaus steigen.

Doch die wirklich großen Probleme in unserem Gesundheitswesen sind damit noch nicht gelöst. Schlimmer noch, der Zusatzbeitrag für die Krankenkassen, der auf der nach oben offenen »Rösler-Skala« nur von den ArbeitnehmerInnen allein erbracht werden soll, ist eine durch die Hintertür eingeführte »Kopfpauschale«. Bisher haben einige Krankenkassen von ihren Versicherten schon einen Zusatzbeitrag von maximal einem Prozent verlangen können, um ihre Defizite auszugleichen. Mit dem neuen Gesetz soll der Zusatzbeitrag sofort auf zwei Prozent angehoben werden und, wenn notwendig, soll dieser noch erhöht werden. Die Arbeitgeber sind von derartigen Zahlungen befreit.

Für Geringverdienende wird es, laut Bundesminister Rösler, einen gerecht gestalteten und unbürokratischen Sozialausgleich geben, um die Mehrbelastung auszugleichen. Eine Überforderungsklausel soll aber erst bei einem Zusatzbeitrag von zwei Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens greifen. Dies ist aber nur eine rechnerische Kompo-

nente, denn praktisch wird die Belastung für viele BeitragszahlerInnen weit höher sein.

Wenn man den aktuellen Gesetzesentwurf ansieht, stellt man fest, dass der »gerechte« Sozialausgleich eigentlich nur bei den Versicherten greift, die weniger als 800 Euro monatlich verdienen. Die anderen auch im Niedriglohnsektor arbeitenden KollegInnen können zukünftig mit einer indirekten Beitragserhöhung von bis zu vier Prozent rechnen. Ist das gerecht gestaltet?

Der DGB lehnt die Erhöhung der Zusatzbeiträge entschieden ab. »Sie sind ein Fremdkörper in der solidarischen Krankenversicherung, weil sie die Versicherten einseitig un-solidarisch belasten und zu einem zerstörerischen Kassenwettbewerb führen«, sagte DGB-Vorsitzender Michael Sommer. Der Zusatzbeitrag und die Beitragserhöhung werden auf lange Sicht die weiterhin explodierenden Kosten des Gesundheitssystems nicht stoppen.

### Wo sind wirklich weitreichende Reformen?

Wo sind die »brüllenden« Löwen der Bayerischen Staatsregierung namens Seehofer und Söder? Noch im Frühjahr 2010 sparten die beiden nicht mit Beschimpfungen in Richtung Bundesregierung, als es um die einkommensabhängige Kopfpauschale ging. So warf Seehofer dem Bundesgesundheitsministerium vor, die »Herrschaft durch Unübersichtlichkeit« zu fördern, denn diese Methode funktioniere in der Bildungspolitik schon lange. Doch seit Bekanntgabe der Beitragserhöhung und der Erhöhung des Zusatzbeitrags hört man von der Bayerischen Staatsregierung nichts mehr. Schade, von einem ehemaligen Bundesgesundheitsminister haben wir mehr erwartet. Sämtliche PolitikerInnen, inklusive der Bayerischen Staatsregierung, reden über die Notwendigkeit eines

Systemwechsels, doch die wirklich wichtigen Themen wie die Frage der Leistungskataloge für Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden von ExpertInnen in den Hinterräumen unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert. Denn kontinuierliche Leistungskürzungen bis hin zu enormen privaten Zuzahlungen für GKV-PatientInnen (Praxisgebühr, Zuzahlungen für Krankengymnastik, stationären Aufenthalt, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz, Medikamente etc.) belasten die ArbeitnehmerInnen noch zusätzlich zu den Beitragserhöhungen. PatientInnen der GKV mutieren zu halben PrivatpatientInnen.

## Ein Gesetz und seine Lücke

Die Pharmaindustrie zeigt ungeniert, dass ihr Ziel die Gewinnmaximierung ist, weniger die Absicherung der Gesundheitsversorgung. Schon lange befindet sie sich im Visier aller am Gesundheitssystem Beteiligten, da sie die Medikamentenpreise selbst ohne jegliche staatliche Reglementierung festlegt – einzigartig in der Europäischen Union. Damit ist seit 1. August 2010 Schluss, da Bundesgesundheitsminister Rösler ein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht hat, um diesen »Wildwuchs« zu stoppen: Allen neuen Medikamenten, deren Wirksamkeit noch nicht nachgewiesen wurde, wird ein 16%iger Zwangsrabatt auferlegt.

Wie reagieren die Pharmakonzerne auf dieses neue Gesetz? Sie finden eine Gesetzeslücke und erhöhen schon mal vor Inkrafttreten des Gesetzes die Preise kräftig, um sie dann am 1. August wieder zu senken. Diese sogenannte »Preisschaukel« verschaffte den Pharmakonzernen kurzfristig Millionengewinne, die erst einmal die Krankenkassen und später über Zusatzbeiträge die Versicherten belasten werden.

Bundesminister Rösler hat sich im Frühjahr für diesen Gesetzesentwurf in der Koalition noch feiern lassen, nachdem sein Konzept der Kopfpauschale gescheitert war. Doch auch hier ist er gescheitert und hat sich von der Pharmaindustrie ordentlich an der Nase herumführen lassen. Noch ein Grund mehr, seinen Hut zu nehmen.

## Alternative Bürgerversicherung

Die Gewerkschaften dürfen sich nicht zum Spielball der neoliberalen Bundesregierung machen lassen. Deshalb fordern wir die Politik auf, weiterhin am solidarischen Versicherungsprinzip festzuhalten. Wir brauchen eine Weiterentwick-

lung unseres Gesundheitssystems, um die Finanzierung hochwertiger Leistungen dauerhaft zu sichern und solidarischer zu gestalten. Das beste Konzept ist und bleibt die »Bürgerversicherung«. Die Einnahmehasis der GKV muss dauerhaft verbreitert und verstetigt werden. Es ist notwendig, alle Einkommensarten an der Finanzierung eines solidarischen Gesundheitssystems zu beteiligen. Der DGB wird daher die Forderung nach einer Bürgerversicherung konsequent weiter vertreten und zum Thema seiner Herbstaktionen machen. 73 % der Bevölkerung unterstützen diese Forderung. Wir müssen sie nur vehementer vertreten. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung versucht, die Kosten des Gesundheitswesens weitgehend der arbeitenden Bevölkerung anzulasten.

Aber wir nehmen auch die Ausgaben-seite kritisch unter die Lupe. Geld soll der Leistung und nicht dem Angebot folgen. Die Qualität muss weiter verbessert werden. Gesundheit ist ein zu wichtiges Gut, um bei der Qualität nachlässig werden zu können.

Der DGB Bayern macht sich für eine bedarfsgerechte Versorgung stark. Bei künftigen Versorgungsplänen müssen ambulante und stationäre gesundheitliche Leistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass die bestmögliche Versorgung für PatientInnen im jeweils regionalen Umfeld verwirklicht wird.

Die Finanzierung von gesundheitlichen Leistungen muss so reformiert werden, dass sie eine qualitätsorientierte Zusammenarbeit zwischen den Anbietern fördert. Dabei darf es zu keiner Doppelfinanzierung kommen. Benötigt werden dazu vernetzte Strukturen.

Die Finanz- und Planungskompetenz der Länder im Bereich der stationären Versorgung muss erhalten bleiben.

Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf, mit uns für die Umsetzung einer solidarischen Gesundheitsreform zu kämpfen, konkret also für folgende Ziele:

- Abschaffung des Zusatzbeitrags
- Gleicher Beitragssatz für ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber
- Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze
- Einführung der Bürgerversicherung



Plakat zur Forderung nach einem solidarischen Gesundheitssystem

von Simone Kern

DGB Bezirk Bayern  
Abteilung Sozial- und Gesundheitspolitik



Weitere Informationen zur Kampagne »Köpfe gegen Kopfpauschale – Bündnis für ein gerechtes Gesundheitswesen« gibt es unter [www.stoppauschale.de](http://www.stoppauschale.de)



**Sie sagen es,  
Herr Ministerpräsident:  
Schluss  
mit der Reformeritis!**



Foto: imago/fossifoto

Das Kultusministerium (KM) verteilte bei seiner Pressekonzferenz zu Schuljahresbeginn ein 65-seitiges Geheft »Wichtige Neuerungen im Schuljahr 2010/2011«. Werden SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern tatsächlich in den Genuss von Verbesserungen kommen? Werden sie überhaupt etwas von den Neuerungen bemerken? Und, wenn ja: Sind es tatsächlich Verbesserungen?

Diese Fragen sind noch nicht eindeutig zu beantworten, Skepsis ist angebracht.

**Klassen werden im Durchschnitt kleiner, manche auch größer**

In GHS-Klassen sitzen durchschnittlich 21,9 bzw. 20,2 SchülerInnen. Das sind 0,3 weniger als im vergangenen Schuljahr. Das KM teilt aber nicht mit, wie viele kleine Klassen an einzelnen Schulen durch große Klassen innerhalb der Schule oder an anderen Schulen ausgeglichen werden müssen.

Ebenfalls 0,3 SchülerInnen weniger sitzen durchschnittlich in den Klassen 5 bis 10 der Gymnasien, nämlich 27. An Realschulen sind es 27,3 wie im Vorjahr. Geht man davon aus, dass nach wie vor viele SchülerInnen das Gymnasium und die Realschule in höheren Klassenstufen wieder verlassen, kann man mit Eingangsklassen von ca. 30 SchülerInnen rechnen.

Bei gleichbleibenden Klassengrößen geht die Zahl der SchülerInnen an Sonderschulen leicht um ca. 1 % zurück. Wirtschaftsschulen scheinen erneut an Attraktivität zu verlieren. Sie verzeichnen einen Rückgang von 3 % bei einer um 0,7 SchülerInnen zurückgehenden Klassenstärke von durchschnittlich 25,4.

Einen SchülerInnenzuwachs gibt es an Gymnasien, Realschulen, den Berufsfachschulen des Gesundheitswesens, Fachschulen, Fachakademien, Fach- und Berufsoberschulen, z. T. bei leicht steigenden durchschnittlichen Klassenstärken.

**Doppelter AbiturientInnenjahrgang 2011**

Der letzte Abiturjahrgang des G 9 wird in einem Kurzschuljahr bis zum 2. Mai »abgewickelt«. Die (praktischen) Abiturprüfungen beginnen bereits Ende Februar. Für die letzten G-9-AbiturientInnen sind plötzlich Rücksichtnahmen möglich, die für alle SchülerInnen wünschenswert wären: »Reduzierter« Lehrplan, weniger Schulaufgaben, eine »Günstigkeitsklausel« (betrifft die Gewichtung der einzelnen Teilnoten), zusätzliche »Feststellungsprüfungen«, wenn die Noten nicht »ausreichen« – sinnvolle individuelle Hilfen, die nicht nur hier gebraucht werden.

**Grundschulen:  
Im Dschungel der (Ganztags-)Angebote**

- »Gebundene Ganztagschulen«, in denen einer oder zwei »Ganztagszüge« bestehen bzw. im Aufbau sind. Alle Kinder dieser Ganztagsklassen nehmen am Ganztagsprogramm teil;
- »Mittagsbetreuung« bis 13.00 oder 14.00 Uhr für Kinder, die bzw. deren Eltern dies wünschen oder brauchen;
- »Verlängerte Mittagsbetreuung« bis 15.30 oder 16.00 Uhr, ebenfalls als unverbindliches Angebot, mit oder ohne Mittagessen;

- »Sport nach 1 in Schule und Verein« mit Angeboten in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen;
- Jahrgangsklassen, jahrgangsübergreifende Klassen, flexible Grundschule: Ein Teil der Kinder lernt jahrgangsübergreifend, die anderen »konventionell«, bei jeweils unterschiedlicher Ausstattung mit LehrerInnenstunden;
- »Außenklassen« von Förderschulen;
- »Kooperationsklassen« mit Förderschulen.

Nicht einmal alle LehrerInnen finden sich in diesem Dschungel zurecht. Noch viel weniger kann dies von Eltern, die auch noch andere Beschäftigungen haben, erwartet werden. Es ist nämlich keineswegs so, dass Schulen sich für das eine oder für das andere entscheiden. Auch an Schulen, die organisatorisch weiterarbeiten wie bisher, wird gut gearbeitet. Umgekehrt garantieren Schulen, die möglichst viele, am besten alle Möglichkeiten an Land zu ziehen versuchen, allein dadurch nicht schon besonders gute Arbeit.

### **Mittelschulen werden die Hauptschulen nicht retten**

Etwa zwei Drittel der Hauptschulen haben einen neuen Namen bekommen. Sie heißen jetzt Mittelschulen und sollen die ungeliebte Schulart wieder einmal retten. Selbst ehemalige ProtagonistInnen der Hauptschule glauben nicht mehr daran. Auch die neuen Übertrittszahlen aus der Grundschule bestätigen den Trend zur Realschule, mehr noch zum Gymnasium. Während diese Schularten steigende SchülerInnenzahlen melden, besuchen immer weniger Jugendliche eine Hauptschule. Dies ist nicht mit der demografischen Entwicklung zu erklären, sondern mit der Ablehnung der Hauptschule seitens der Kinder und Eltern.

Einen Beitrag zu dieser Ablehnung wird wohl auch die geplante »Qualitätsoffensive für die Realschule« leisten. Während an anderer Stelle das hohe Lied der angeblichen Gleichwertigkeit der mittleren Abschlüsse a Haupt-/Mittelschulen und an Realschulen gesungen wird, ist diese Offensive geeignet, die Realschule als »etwas Besseres« zu definieren: Bilinguale Züge an Realschulen, »Steigerung der Unterrichtsqualität in den MINT-Fächern«, Talentklassen für »besonders begabte« RealschülerInnen ...

### **Nach wie vor keine inklusiven Schulen**

Weniger als eine Seite ist der rechtlichen Verpflichtung zur Inklusion von Kindern mit einer Behinderung in die Regelschule gewidmet. Das KM lässt sich Zeit und es ist absehbar, dass es – geht es nach dem KM – eine inklusive Schule, die diesen Namen auch tatsächlich verdient, noch lange nicht geben soll.

### **Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Schule: Fehlanzeige**

Nach wie vor gibt es keine Anzeichen für die Umsetzung der Verpflichtung zum Arbeits- und Gesundheitsschutz

an Schulen. Angebote der Schulberatungsstellen, die z. B. Hilfen zur Stressbewältigung oder Zeitmanagement beinhalten, sind allenfalls »Tropfen auf den heißen Stein«.

### **Reförmchen an allen Ecken und Enden, auch wenn sie gut gemeint sind, ersetzen keine wirkliche Reform**

Die Liste von »Neuerungen« könnte noch lang fortgesetzt werden.

Deshalb stimmen wir dem Ministerpräsidenten zu, wenn er fordert: Schluss mit der Reformieritis. Damit endet aber die Gemeinsamkeit auch schon. Denn wir fordern eine Reform auf der Grundlage eines Gesamtkonzeptes. Wir fordern gemeinsames Lernen in einer inklusiven Schule für alle Kinder und Jugendlichen.

Wir fordern eine Bildung und Erziehung »aus einem Guss« vor, in, außerhalb und nach der Schule. Die Wahrung der Würde aller Beteiligten hat oberste Priorität und die Einlösung des Menschenrechts auf Bildung bestimmt alle Entscheidungen.

### **Schluss mit der Unterfinanzierung des Bildungswesens!**

Um diese Ziele zu erreichen, muss viel Geld investiert werden! Deutschland hat großen Nachholbedarf, Bayern liegt, was die Bildungsausgaben betrifft, noch unter dem Bundesdurchschnitt und erreicht gerade einmal gut die Hälfte des OECD-Durchschnitts. Um die von der Bundeskanzlerin beim Bildungsgipfel 2009 genannte Zielmarke von 7 % des BIP für Bildung zu erreichen, hätten 2009 ca. 18 Milliarden zusätzlich in Bildung investiert werden müssen.

### **Herbstaktionen des DGB und der Einzelgewerkschaften**

Aus dem Aufruf zur Kundgebung am 13. November: »Wir fordern qualifizierte Bildung und Ausbildung!

Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Privatisierung und Bildungsgebühren führen in eine bildungspolitische Sackgasse und verstärken die soziale Spaltung.

Wir fordern für jeden Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung, Übernahme in den Betrieben, mehr und bessere Weiterbildung und die Streichung aller Bildungsgebühren von der Kita bis zur Weiterbildung.«

Je aktiver wir uns beteiligen, desto größer sind unsere Chancen auf Durchsetzung aller unserer berechtigten Forderungen!



**von Gele Neubäcker**

Vorsitzende der GEW Bayern  
und Mitglied im Hauptpersonalrat



## DGB-Jugend on Tour

Auch diesen Herbst führt die DGB-Jugend in Bayern ihre jährliche Berufsschultour durch. Gemeinsam mit den jeweils zuständigen Mitgliedsgewerkschaften werden dabei Berufsschulen in ganz Bayern besucht.

Unter dem Motto »gemeinsam gewinnen« verfolgen wir das Ziel, Jugendliche in berufsbildenden Schulen – also direkt vor Ort – auf ihre Pflichten, aber v. a. auf ihre Rechte als junge ArbeitnehmerInnen hinzuweisen und sie zum Engagement in Betrieb und Gesellschaft zu motivieren.

### Was wollen wir?

Wir wollen Auszubildende stärken und ihnen Mut machen. Wir wollen, dass sie die eigenen Rechte kennen, wissen, was Tarifverträge sind, verstehen, wie Wirtschaft und Gesellschaft funktionieren.

### Was machen wir?

Wir sind auf dem Schulhof präsent, ansprechbar für Auszubildende und Lehrkräfte. Wir informieren. Wir beraten. Wir diskutieren. Und wir bieten Hintergrundmaterialien zu verschiedenen Themen. Wir machen Gewerkschaft erlebbar. Das heißt auch: Politische Bildung betreiben. Zusammenhänge erklären. Horizonte erweitern.

### Wie machen wir?

Es hat sich bewährt, gleich zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres an den Berufsschulen präsent zu sein. Viele neue Azubis fragen sich, was sie in der Ausbildung erwartet, wer ihnen Hilfestellung geben kann und was Gewerkschaften eigentlich so machen. All das beantwortet die DGB-Jugend im direkten Kontakt vor Ort. Daher ist uns besonders daran gelegen, dass die jeweiligen Fachsekretärinnen und -sekretäre der Mitgliedsgewerkschaften mit an der Berufsschultour beteiligt sind. So entsteht sofort ein Kontakt zur zuständigen Gewerkschaft, die dann auch weiterhelfen kann.

Wir kommen auch gern für ein oder zwei Stunden in den Unterricht und stellen die Arbeit der Gewerkschaften vor, erläutern die Rechte von Auszubildenden und verdeutlichen rechtzeitig vor den kommenden JAV-Wahlen, wofür eine Jugend- und Auszubildendenvertretung da ist. Ebenfalls im Unterrichtskonzept integriert sind Fragen zum Ausbildungsvertrag, zu Urlaubs- und Überstundenregelungen. Wie auch Informationen zum Jugendarbeitsschutzgesetz und zur Ausbildungsvergütung. Wenn Zeit bleibt, erläutern die Kolleginnen und Kollegen noch, wie ein Tarifvertrag zustandekommt und wie Tarifverhandlungen geführt werden.

### Warum machen wir?

Angesichts fehlender Ausbildungsplätze und teilweise katastrophaler Ausbildungsbedingungen soll die Berufsschultour über die Rechte der Azubis aufklären und klarstellen, dass jede/r nur gemeinsam mit Gleichgesinnten ihre/seine Rechte durchsetzen kann. Anlass zur Sorge sieht die Gewerkschaftsjugend vor allem in der oft schlechten Qualität der Ausbildung. Der frisch erschienene Ausbildungsreport 2010 der DGB-Jugend dokumentiert erhebliche Mängel und Defizite in der Ausbildung. Nur jeder dritte Azubi bleibt von sogenannten ausbildungsfremden Tätigkeiten verschont, 40 Prozent leisten regelmäßig Überstunden und knapp ein Drittel der Befragten gab an, nur manchmal oder selten oder nie durch eine Ausbilderin bzw. einen Ausbilder betreut zu werden. Für den Ausbildungsreport 2010 wurden die Angaben von 7.317 Azubis aus den 25 meistfrequentierten Ausbildungsberufen aufgenommen.

### Einladung erwünscht

Wir würden uns freuen, wenn Kolleginnen und Kollegen an beruflichen Schulen unsere Berufsschultour unterstützen. Wenn es die Zeit zulässt, kommen wir auch gerne außerhalb unserer Tour in eure Klassen. Weitere Infos erhaltet ihr bei den regionalen DGB-Jugendsekretariaten oder bei Astrid Backmann, DGB-Jugend Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München; astrid.backmann@dgb.de, Tel. 0 89-5 17 00-2 26, www.dgb-jugend-bayern.de



# Die Bildung der Zukunft – Jetzt!

## Interview mit dem Bildungsjournalisten und Filmemacher Reinhard Kahl

Reinhard Kahl hat mit seinen Filmen wie »Schulen am Wendekreis der Pädagogik« und »Treibhäuser der Zukunft« Wege aus der Pisa-Schock-Starre gewiesen. Er ist Kolumnist auf »Zeit-online«, in der »Pädagogik« und Gründer des »Archivs der Zukunft«. Für die DDS sprach Jörg Nellen mit Reinhard Kahl.



**DDS:** Herr Kahl, was treibt Sie an, sich mit dem deutschen Bildungssystem auseinanderzusetzen?

**Reinhard Kahl:** Da gibt es zwei Antworten. Die erste: Ein Tausendfüßler wurde von einem Käfer gefragt, wie er denn mit 1000 Füßen laufen könne. Da blieb er stehen, überlegte und konnte fortan nicht mehr laufen. Will sagen, es gibt ein Geheimnis ungeklärter Dinge, die einen antreiben. Die andere Antwort: Bildung ist mein Thema seit der Schulzeit in antiautoritären Protestzeiten. An Bildung wird gewissermaßen die DNA einer Kultur sichtbar. Das ist spannend. Nach einer Station an der Uni habe ich schließlich im Journalismus vor allem mit filmischen Dokumentationen meinen Platz gefunden.

*Sie arbeiten unter anderem mit der Bertelsmann-Stiftung und der Körber-Stiftung zusammen. Welche Rolle spielt das Bildungsengagement privater Stiftungen in der Bundesrepublik?*

Stiftungen bewirken Unterschiedliches, je nach den Menschen, die dort tätig sind. Sie können eine große Freiheit haben. Den StifterInnen sollte man zugutehalten, dass sie der Gesellschaft etwas zurückgeben wollen. Natürlich erreichen sie so Einfluss, den man infrage stellen kann. Mir schwebt deshalb so etwas wie eine Bürger- oder Volksstiftung vor, in der man einen gewissen Anteil seiner Steuerschuld an Bildungseinrichtungen selbst adressieren kann. Das wäre eine Mitwirkung, die über die anonymisierende Steuer, die ja überwiegend bliebe, hinausgeht. Das würde dem Geben eine andere Würde verleihen, als sie Steuerzahler haben, die den Staat zumeist als ihren Gegner ansehen und austricksen wollen.

*Wo können Einzelne, Schulteams oder Gemeinden ansetzen, um eine bessere Schule zu machen?*

Das ist eine Frage an die Lehrkräfte: Was wollen sie wirklich? Wie viel trauen sie sich? Von oben wird nicht alles verhindert, auch in Bayern nicht. Ein Problem ist, dass viele, die einen Wandel herbeiführen könnten, nicht wirklich an das glauben, was sie wissen. Das ist ein Kern, auf den ich im Oktober in Würzburg eingehen möchte.

*Die GEW fordert »eine Schule für alle«. Ist das die Schule der Zukunft?*

Ich finde, Schulen sollten wie lernende Individuen eine Biografie haben. Sie müssen für die Kinder und Jugendlichen eine Heimat sein. Sie müssen Zugehörigkeit versprechen und Sicherheit bieten, damit die Schülerinnen und Schüler die Unsicherheit wagen können, sie selbst zu werden. Also eige-

ne Wege gehen, auch Umwege. Fehler machen dürfen. Unser Schulsystem macht die einzelnen Schulen zu Exemplaren einer Gattung: Gymnasium, Realschule, Hauptschule oder eine der vielen Sonderschulen. Schüler fühlen sich darin häufig wie blinde Passagiere, die fürchten, von Bord gewiesen zu werden, und die sich deshalb im Bluffen und Tarnen üben, um unerkannt zu bleiben. Lernen heißt doch nicht Wissenssegmente in sich hinein zu kopieren, sondern sich zu verändern. Deshalb ist es in »einer Schule für alle« ein Vorteil, verschieden zu sein. Ein gängiges Vorurteil ist ja, »eine Schule für alle« sei eine Art pädagogische LPG, in der alle gleichgemacht würden. Nein, in dieser Schule soll jeder auf verschiedene Weise genial und blöd sein dürfen und die Chance haben, sich zu entdummen, also seine Dummheiten loszuwerden. Das geht aber nicht, wenn man diese versteckt und versucht, als brave Lernbulimiemaschine durchzukommen.

*Was wäre also das Gelingenmerkmal der »Bildung der Zukunft«?*

Dass sie die Dominanz des Belehrens zurückdrängt und Gelegenheiten zum Lernen schafft. Das ist ein längerer Prozess. Es ist auch ein ganz altes Thema. Kinder sind keine Fässer, die gefüllt, sondern Flammen, die entfacht werden wollen, um mit Heraklit und Rabelais zu sprechen. Eine gute Schule ist eine, in der sich Lehrende und Lernende gegenseitig anstecken.

*Auch aus Ihren Filmen gewinnt man den Eindruck, dass »Leuchtturm-Schulen«, einsam, unvernetzt, ohne Wirkung auf die direkte Nachbarschaft sich stark für die Zukunft machen. Wie erregt man einen innovativen pädagogischen Flächenbrand?*

Nein, das stimmt nicht. Gute Schulen sind vernetzt. Sie lernen voneinander. Sie sind verwandt und doch sind sie jeweils eine andere Antwort auf die Kinder und Jugendlichen, die dort hingehen. Die Vernetzung der Schulen, die Individualisierung des Lernens und auch die Individualisierung der Schulen muss man vorantreiben.

*Welche Empfehlungen können Sie den Anhängern des »begabungsgerechten gegliederten Schulsystems« geben, wie wir es in Bayern haben?*

Schicken wir sie doch alle auf eine Sonderschule für lernbehinderte Politiker.

*Wir danken für das Gespräch.*

Reinhard Kahl hält das Impulsreferat bei »Bildung anders 19: Bildung der Zukunft – Jetzt!« am 23. Oktober 2010 in Würzburg. Näheres s. S. 31 dieser DDS  
Zu Reinhard Kahl: [www.reinhardkahl.de](http://www.reinhardkahl.de) und [www.archiv-der-zukunft.de](http://www.archiv-der-zukunft.de)

# Begegnung der Kulturen

## Bericht vom 6. Europäischen Sozialforum in Istanbul

In der diesjährigen europäischen Kulturhauptstadt Istanbul fand das 6. Europäische Sozialforum vom 1. bis 4. Juli statt. Auch die GEW war dabei: Rund zwanzig Delegierte aus fast ganz Deutschland boten zusammen mit dem europäischen Dachverband ETUCE und unserer türkischen Partnergewerkschaft Egitim Sen Veranstaltungen zu den bildungspolitischen Themen »1Goal. Bildung für alle«, »Bologna-Prozess« und »Privatisierung von Bildung« an.

### Wenn eine eine Reise tut

Direkt am Tag nach meiner Notenverkündung (2. Staatsexamen Lehramt) sitze ich bereits im Flieger nach Istanbul – und sitze und sitze. Der Abflug verzögert sich aufgrund eines herrenlosen Koffers um ca. eine Stunde. Dennoch komme ich irgendwann an und folge dem Rat eines türkischen Studenten, die Metro bis Eminönü zu nehmen, um dann mit dem Schiff nach Kadiköy überzusetzen. Auf der Suche nach meinem Hotel verständige ich mich aufgrund mangelnder Türkisch-Kenntnisse mit Händen, Füßen und Deutsch-Türkisch-Duden mit einem Polizisten, der mich zunächst mit Tee umsorgt, um mich im Anschluss daran zum Hotel zu bringen. Aufgrund meiner türkischen Abstammung mütterlicherseits habe ich beim Rezeptionisten sofort einen Stein im Brett und er will mir helfen, Kontakt zu meinen bereits angereisten KollegInnen aufzunehmen, um schließlich zu ihnen zu stoßen. Da aber auf der Telefonliste lediglich die deutschen Festnetznummern stehen, begegne ich ihnen erst am nächsten Morgen.



Dann setzen wir mit dem Schiff nach Karaköy über, wo wir an der Faculty of foreign languages, einem der drei Veranstaltungsorte, den ersten Workshop haben: »1GOAL: Education for all and the millennium development goals.« Angesichts dessen, dass ab heute insgesamt über 300 Seminare stattfinden sollen, müssen wir etwas ernüchtert fest-



stellen, dass sich die TeilnehmerInnenzahl in Grenzen hält. Dennoch kann man viel lernen – nicht nur von unserer Referentin Barbara Geier von der GEW Hamburg. Zunächst schildert sie allgemein die globale Situation, ehe sie auf die Relevanz von Bildung eingeht. Nur wenn man Zugang zu dieser hat, könne man gegen Armut, Hunger und Elend ankämpfen. Darüber hinaus erläutert sie die Arbeit der Global Campaign for education (GCE). Im Plenum kommen wir nach internationalen Beiträgen und Einblicken in andere Länder zu dem Schluss, dass der weltweit freie Zugang zur Bildung, der bis 2015 umgesetzt werden soll, nach wie vor mit einem großen Tor vergleichbar sei, dennoch aber dürfe man nicht aufhören, an der Umsetzung dieses Zieles zu arbeiten.

### Zentrale Themen: Bologna-Prozess und Privatisierung der Bildung

Am späten Nachmittag trifft sich die Delegation im Hotel, um sich noch einmal genauer vorzustellen (Herkunft und Funktion), sich über das noch anstehende Programm auszutauschen und über den organisatorischen Ablauf der Demonstration zu sprechen. Im Anschluss brechen wir dann gemeinsam auf zum Empfang der türkischen Bildungsgewerkschaft Egitim Sen, Mitglied des größten türkischen Gewerkschaftsdachverbandes KESK und der Education International. Zusammen mit KollegInnen aus der Türkei, Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland erlebe ich dort eine Veranstaltung der etwas anderen Art. Während ich es kenne, dass man zunächst unterschiedliche Vorträge hört, ehe man sich dem gemütlicheren Teil widmet, startet man hier mit Raki-Flaschen, die Ausführungen folgen später.

Freitag, die nächsten Veranstaltungen stehen an. Mit unseren orangefarbenen Ausweisen um den Hals machen wir uns auf zum Workshop »Higher Education and Research

in Europe: analysis of the Bologna process and the research policy of the EU commission, struggles and proposals». Manfred Brinkmann moderiert eingangs die fünf Referenten aus der Türkei, aus Wien, Frankreich und Deutschland an sowie David Poisseneau von der ETUCE (= europäische Dachorganisation der Bildungsgewerkschaften), die den Bologna-Prozess und die Umsetzungsprobleme in einzelnen Ländern und in Europa beschreiben und welche Forderungen die Bildungsgewerkschaften aus 19 Ländern diesbezüglich aufgestellt haben ([http://www.gew.de/Binaries/Binary57781/Handzettel-deu\\_eng\\_Druck.pdf](http://www.gew.de/Binaries/Binary57781/Handzettel-deu_eng_Druck.pdf)).

Nach ca. drei Stunden in der brütenden Hitze des nicht klimatisierten Hörsaals, wollen wir uns erst einmal den Bazar ansehen. Hier tummeln sich die Menschen um schrilles Spielzeug, gefälschte Markenartikel, Gewürze und Bluteigel. Je höher man den Berg zur Moschee steigt, desto mehr Einheimischen begegnet man und erhält so einen kleinen Einblick in die türkische Kultur. Um 17.30 Uhr geht es weiter mit dem Seminar »Strategies against privatisation in education« zusammen mit ETUCE, Egitim Sen, SNES aus Frankreich und OLME aus Griechenland. In einem sehr beherzten Vortrag erläutert Gunter Quaißer zunächst die Situation in Brandenburg, um dann drei Positionen der GEW hervorzuheben:

1. Bildung ist ein Grundbedürfnis, ein soziales Recht.
2. Bildung muss unter staatlicher Aufsicht stehen. Jeder sollte einen gebühren- und barrierefreien sowie öffentlich gesteuerten und evaluierten Zugang dazu haben.
3. Das Bildungssystem muss anders ausfinanziert werden, des Weiteren soll die Chancengleichheit in allen 16 Bundesländern angestrebt werden.

David Poisseneau von ETUCE fügt schließlich noch an, dass es sich bei der Privatisierung um einen schleichenden Prozess handle, der sich nicht von heute auf morgen vollziehe. Somit sei es wichtig, beispielsweise Berichte über versteckte Privatisierung zu publizieren.

### **Ausblick: Die Organisation muss professioneller werden**

Samstag, der große Tag! Vormittags wird bereits das Material aufgeteilt, das jede/r nachmittags zur Demo mitbringt, und so ziehe ich los. Wie schon die Organisation des Sozialforums selbst etwas konfus war, so ist es auch die Demonstration: Der Startpunkt wird ca. zwei Stunden vorher kurzfristig umgelegt. Endlich angekommen sind kaum TeilnehmerInnen auszumachen. Doch langsam strömen nun doch von allen Seiten Menschen herbei, stellen sich auf und schon geht es los! Dank der leicht abschüssigen Straße kann

man nun doch die Massen erkennen und mit Cap, Trillerpfeife und XXL-Ballon ziehe auch ich los. Vorbei an Menschen, die vom Sozialforum nichts gehört haben, an Polizisten, die eine sehr hohe Präsenz (samt Wasserwerfern) zeigen und an Wasserflaschen verkaufenden Kindern, die unsere Ballons möchten. Am Taksim-Platz angekommen zeigt sich, dass die Demonstration, die so plötzlich begonnen hat, genauso plötzlich aufhört.

Das Fazit: Am Sonntagmorgen treffen wir uns alle noch einmal zu einer abschließenden Sitzung, in der wir das 6. Europäische Sozialforum Revue passieren lassen. Unisono sprechen wir von einer chaotischen Organisation, da das offizielle Programmheft erst einen Tag vor Beginn der Ver-

anstaltungen verfügbar gewesen ist, man diesem dann die Veranstaltungsorte nicht entnehmen konnte und schließlich die Route der Demonstration selbst immer wieder geändert worden ist. Auch die Statements der ReferentInnen werden angesprochen, haben diese doch zum Teil sehr viel Zeit in Anspruch genommen, sodass es kaum zum Austausch mit den Seminarteil-

nehmerInnen gekommen ist. Zum guten Schluss ist auch die Rolle des Europäischen Dachverbandes der Bildungsgewerkschaften ETUCE hinterfragt worden, hätte man sich doch eine bessere Vernetzung durch diesen gewünscht. Insgesamt sei auch die TeilnehmerInnenzahl gegenüber den letzten Sozialforen zurückgegangen, weshalb man sich zukünftig fragen muss, ob, und wenn ja, in welcher Form, das Sozialforum dann noch stattfinden kann. Dennoch muss man positiv hervorheben, dass ein reger internationaler Austausch stattgefunden hat und man sehr viel von den KollegInnen z. B. bei den sogenannten »Flurgesprächen« mitnehmen konnte. Auch der Schauplatz des Forums, das wunderschöne Istanbul, hinterlässt viele tiefe Eindrücke.

**von Tülin Trübenbach**

Unsere Autorin Tülin Trübenbach:

Ob auf dem Bazar oder auf der Demo – stets angemessen gekleidet.







## »Respekt« ist ein großes Wort ...

Respekt! 100 Menschen – 100 Geschichten: Erfahrungen, Standpunkte, Perspektiven  
Herausgegeben von Peter Lohmeyer und Lothar Rudolf  
Bund-Verlag, Frankfurt 2010  
239 Seiten, gebunden  
39,90 EUR  
ISBN 978-3-7663-6047-2

### Inhalt

*Klappentext: Respekt ist die Grundlage unserer Zivilgesellschaft, von allen gefordert, aber längst nicht jedem gezollt. Gefragt ist glaubwürdiges Engagement, das besonders Jugendlichen konkret vermittelt, wie wichtig das Eintreten für gegenseitigen Respekt ist. Der hochwertige Bildband versammelt zu diesem drängenden gesellschaftlichen Thema die unterschiedlichen Geschichten von 100 Menschen. Viele bekannte Fußballer, Schauspieler und andere Prominente berichten in kurzweiligen Interviews über ihre Erfahrungen im Umgang mit Respekt. Sie erzählen auf eine sehr private Weise von spannenden, interessanten, berührenden, lehrreichen, lustigen und traurigen Begegnungen mit anderen Menschen. Die Erzählerinnen und Erzähler ergreifen Partei, setzen sich ein, zeigen Zivilcourage.*

»Respekt« ist ein großes Wort und vor allem ein sehr gewichtiges. Im Alltag muss ich leider immer wieder feststellen, dass viele Leute »Respekt« mit »Angst« gleichsetzen. Ich hoffe, das vorliegende Buch trägt unter anderem dazu bei, mit diesem Vorurteil aufzuräumen.

### Aufbau

Ich halte einen sehr hochwertigen, wunderbar und mit viel Liebe zum Detail gestalteten Bildband in den Händen.

Das Buch beginnt mit zwei Vorworten, eines von Lothar Rudolf (Inhaber der Agentur Querformat) und das andere von Wilhelm Heitmeyer (Professor der Pädagogik).

Im nächsten Abschnitt finden sich die gesammelten Interviews. Die einzelnen TeilnehmerInnen erklären unter anderem, wie sich Respekt aus ihrer Sicht definiert, welche Bedeutung Respekt für sie persönlich hat und wie bzw. ob sie sich selbst dafür engagieren. Sie schildern ihre eigenen Erlebnisse und reflektieren ihre Verhaltensweisen.

Zu Wort kommen dabei viele Promi-

nente wie zum Beispiel Klaus Allofs (ehemaliger Torschützenkönig der Bundesliga), der Comedian Bodo Bach, die Schauspielerin Liz Baffoe (bekannt aus der »Lindenstraße«), der Comedy-Preisträger Bülent Ceylan, Dieter Hoeneß (Manager des VfL Wolfsburg), der Fernsehmoderator Johannes B. Kerner, der Handballspieler Stefan Kretzschmar, der Fußballtrainer Bruno Labbadia, die ehemaligen Profi-Fußballer Andreas Möller und Matthias Sammer und die Starköchin Sarah Wiener – aber auch Leute wie du und ich kommen zu Wort, darunter LehrerInnen und SchülerInnen. Zu allen Interview-PartnerInnen gibt es ein Foto und eine kurze Vorstellung.

Im folgenden Abschnitt geht es um die »Crew«. Wer sind die »Macher« dieses Buches? Wer steckt hinter der Idee? Diese und einige weitere Fragen werden hier beantwortet.

Das letzte Kapitel nennt sich »Die Zeitreise«. Nun wird geschildert, »wie alles begann ...« und mit wem. Wir erfahren, wie aus der Aktion »Kein Platz für Rassismus« die Aktion »Respekt!« wurde.

Mit diesem Buch startet die neue Aktion »Respekt! Kein Platz für Rassismus«. Begleitet wird die Aktion unter anderem durch die eigens für die Kampagne entwickelten Leitlinien – die als Diskussionsgrundlage

verbreitet werden sollen sowie z. B. durch eine bundesweite Schilderaktion. Mehr dazu unter [www.respekt.tv](http://www.respekt.tv).

Zu diesem Bildband gehören zwei DVDs, auf denen sich alle Interviews sowie jeweils ein Special befinden. Bei den Specials handelt es sich zum einen um das Musikvideo »Viel zu tun!« von der Band Irie Révoltés und zum anderen um einen Beitrag von Hendrik Nachtsheim (Badesalz).

### Fazit

Von der Aufmachung und der Qualität des Bildbandes bin ich wirklich überzeugt. Was mir persönlich nicht so gut gefällt, ist der fortwährende Bezug zum Fußball, aber ich weiß selbstverständlich, dass gerade dieser Aspekt für andere LeserInnen sehr, sehr wichtig ist.

Ich möchte dieses Werk besonders LehrerInnen der höheren Jahrgangsstufen empfehlen, weil ich denke, dass man für den Unterricht einiges an Material sowohl aus dem Buch als auch aus den beiden DVDs ziehen kann.

Ich wünsche mir, dass dieses Buch viele Diskussionen und Gespräche auslöst und zum Nachdenken über das eigene Verhalten und die eigene Verantwortung anregt.

von **Monika Grünwald**



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter [www.AJuM.de](http://www.AJuM.de) (LesePeter) abrufbar.

Im Juni 2010 erhält den LesePeter das Jugendbuch

### **Nava Semel: Liebe für Anfänger**

Stuart & Jacoby • Berlin 2010

Illustrationen von Gerda Raidt

Übersetzt aus dem Hebräischen von Mirjam Pressler

128 Seiten • gebunden mit Schutzumschlag • 14,95 EUR

ab 13 Jahren • ISBN 978-3-9410-8782-8

In sieben Geschichten erzählt die Israelin Nava Semel einfühlsam, bewegend und gelegentlich humorvoll von einem der größten und erinnerungswürdigsten Gefühle, das ein Mensch haben kann: der ersten Liebe.

## Tagung Medienkompetenz München

Der verantwortungsvolle und souveräne Umgang mit Medien ist in Zeiten des Web 2.0 und der Omnipräsenz von Medien eine bedeutsame Bildungs- und Erziehungsaufgabe. Die Schlagworte dazu lauten Medienkompetenz, Medienbildung und Medienerziehung. Diese tangieren Schule, kulturelle Jugendbildung und Schulsozialarbeit gleichermaßen. Dabei geht es um weit mehr als die Bedienungskompetenz, die so oft als Nonplusultra der Medienerziehung gehandelt wird.

Die AG inter@ktiv bietet am 19.10.2010 in München im Beruflichen Schulzentrum an der Riesstraße einen Fachnachmittag zum Thema an.

Anmeldeschluss: 13.10.2010

Weitere Infos:

[www.medienkompetenz.mixxt.de](http://www.medienkompetenz.mixxt.de) oder  
<http://interaktiv-muc.de/Aktivitaeten/MultiMediaAktuell/Medienkompetenz-Muenchen.pdf>

## Schulen kooperieren mit Kultur Wettbewerb der Kulturstiftung der Länder

Schule und Kultur gemeinsam in Aktion: Zusammen mit einem Theater, einem Museum, einem Orchester, einem einzelnen Künstler ein Projekt entwickeln und durchführen, neue kreative Impulse für den Schulalltag schaffen ...

Gute Ideen sind gesucht! Im Rahmen ihrer Bildungsinitiative »Kinder zum Olymp!« ruft die Kulturstiftung der Länder zum siebten Mal bundesweit zu einem Wettbewerb auf. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten, Kunst und Kultur zu entdecken.

Teilnehmen können alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland und die deutschen Auslandsschulen mit ihren Kulturpartnern sowie Kultureinrichtungen und KünstlerInnen mit ihren Schulkooperationen.

Anmeldeschluss ist der 30. November 2010  
Information und Anmeldung unter:  
[www.kinderzumolymp.de](http://www.kinderzumolymp.de)

## Rechte von Azubis

Das neue Ausbildungsjahr hat begonnen. Mit dem Ratgeber »Gemeinsam gewinnen – Deine Rechte in der Ausbildung« steht die DGB-Jugend allen Azubis zur Seite. Folgende Themen werden darin behandelt: Worauf muss ich in meinem Arbeitsvertrag achten? Was für Mitspracherechte habe ich? Und: Wie viel Urlaub steht mir zu? Diese und viele weitere Fragen werden anschaulich und zusätzlich mit praxisnahen Tipps beantwortet. Außerdem: Ein Lexikon klärt die wichtigsten Begriffe zum Berufseinstieg. Der Ratgeber kann kostenfrei als PDF-Datei im Internet heruntergeladen werden. Ein gedrucktes Exemplar kostet 10 Cent zuzüglich Porto und Versand.

[www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)

# Dies und Das

## Archiv der Jugendkulturen – Existenz sichern

Das Berliner Archiv der Jugendkulturen e. V. bittet um Spenden, um den Fortbestand dieser gemeinnützigen Einrichtung zu sichern. Zudem will der Verein eine Stiftung gründen. Das Ziel: Auf Dauer müssten wenigstens eine oder zwei hauptamtliche Stellen und die Sicherung der Grundkosten gewährleistet sein. Dies sei zurzeit nicht gegeben, erklären die Verantwortlichen. Vereinsmitglieder oder MitarbeiterInnen spenden privat Gelder, um die laufenden Kosten zu bestreiten. Damit ist die Existenz dieser in Europa einmaligen Einrichtung in regelmäßigen Abständen akut gefährdet. Um die Stiftung zu gründen, müssten ungefähr 100.000 Euro zusammenkommen. Bei Redaktionsschluss waren knapp 12.000 Euro eingegangen. Das Archiv der Jugendkulturen sammelt und archiviert Zeitschriften, Tonträger, Flyer oder Konzertplakate und stellt diese Sammlung der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung.

Weitere Infos unter:

[www.jugendkulturen.de](http://www.jugendkulturen.de)

## Leitfaden für Arbeitslose unverzichtbar

Bereits in der 27. Auflage ist jetzt der neue »Leitfaden für Arbeitslose« erschienen. Gewohnt übersichtlich und detailliert hat das Arbeitslosenprojekt »Tu was« den bewährten Ratgeber gründlich überarbeitet. Der praxisnahe Ratgeber gehört in jede Beratungsstelle von Initiativen, Gewerkschaften und Verbänden und ist auch für Nicht-Profis ein wichtiger Begleiter.

Arbeitslosenprojekt »Tu was« (Hrsg.)

Fachhochschulverlag, 702 Seiten, 15 EUR

## Schulstudie bringt erste Ergebnisse

Ein Drittel aller Schülerinnen zwischen 14 und 16 Jahren hat sich schon einmal absichtlich eine Schnittverletzung zugefügt; rund 18 % der Schülerinnen und 8 % der Schüler tun dies häufiger – so die ersten Ergebnisse der großen Schulstudie SEYLE, die das Universitätsklinikum Heidelberg im Januar 2010 gestartet hat.

Besonders Mädchen leiden den ersten Ergebnissen zufolge unter psychischen Problemen: Rund ein Drittel berichtet von Depressivität, 15 % hegen Selbstmordpläne, 8 % haben bereits versucht, sich umzubringen.

Junge Männer liegen bei Drogen und Alkohol vorn: 12 % trinken wöchentlich oder häufiger Alkohol, 15 % haben schon Erfahrungen mit anderen Drogen gemacht. Näheres zur Studie unter:

[www.klinikum.uni-heidelberg.de/seyle.114370.0.html](http://www.klinikum.uni-heidelberg.de/seyle.114370.0.html)

## Cross-Work – ja, was ist jetzt des??

Zur geschlechtsreflexiven pädagogischen Arbeit mit dem anderen Geschlecht gibt eine Fortbildung Informationen und Anregungen. Viele Frauen betreuen Jungs im pädagogischen Arbeitsfeld. Etliche Männer sind Ansprechpartner für Mädchen. Diese »Cross-Work«-Situation, auch als Teil der geschlechtsbewussten Koedukation, bietet viele Chancen, hat aber auch ihre Grenzen.

Das Wissen über Lebenswelten und -erfahrungen sowie Sozialisationsanforderungen von Mädchen und Jungen – insbesondere in unterschiedlichen kulturellen Kontexten – die Auseinandersetzung und Reflexion eigener Frauen- und Männerbilder sowie gesellschaftlicher Bedingungen und kultureller Differenzen dienen als Basis für die Gestaltung eines guten professionellen Kontaktes.

Termin: 21.10.2010 und 22.10.2010,  
jeweils 9.30-17.00 Uhr

Kosten: 180 EUR

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für  
Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20

[kontakt.informationsstelle@imma.de](mailto:kontakt.informationsstelle@imma.de)

## Wie war das nochmal?

Im Alltag – da läuft die Mädchenarbeit: Aktionen und Angebote werden organisiert und mehr oder weniger gut angenommen. Für Reflexionen, Hintergründe, Geschichtliches und Aktuelles zur Mädchenarbeit oder für das Studium aktueller Forschungen zu Lebenslagen von Mädchen bleibt da oft nicht die Zeit. In einem Vortrag werden alte und neue Ergebnisse und Diskurse vorgestellt und Raum für Gedanken- und Erfahrungsaustausch sowie lebhaftige Diskussionen eröffnet.

Termin: 25.10.2010, 9.30-17.00 Uhr

Kosten: 50 EUR

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für  
Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20

[kontakt.informationsstelle@imma.de](mailto:kontakt.informationsstelle@imma.de)

## Abschied von Minderwertigkeitsgefühlen und Körpergewichtsproblemen

IMMA bietet einen Seminarblock zu folgenden Themen an: Eigenwert erkennen und sich wertvoll fühlen, sich abgrenzen ohne Schuldgefühl, Identität entwickeln und Geborgenheit in sich selbst finden.

Die Module können einzeln oder im Rahmen der Ausbildung »Geschlechtsbewusste Gestaltpädagogik und -beratung« gebucht werden.

Termin: 08.11.2010 - 10.11.2010,

jeweils: 9.30-16.00 Uhr

Kosten: 250 EUR

Nähere Informationen bei:

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für  
Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20

[kontakt.informationsstelle@imma.de](mailto:kontakt.informationsstelle@imma.de)

## »Auf dem Weg zur Schule für alle. Barrieren überwinden, inklusive Pädagogik entwickeln.«

Der Vorstandsbereich Schule beim GEW-Hauptvorstand möchte auf ein Buch hinweisen, das von Andreas Hinz, Ingrid Körner und Ulrich Niehoff herausgegeben wird:

*Auf dem Weg zur Schule für alle. Barrieren überwinden, inklusive Pädagogik entwickeln. Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V. Lebenshilfe-Verlag Marburg, 2010.*

Darin enthalten ist z. B. der Beitrag von Marianne Demmer »Aus den Pisa-Studien

lernen: Warum ein inklusives Schulsystem mit den Ergebnissen der internationalen Vergleichsstudien begründet werden kann«.

Wie wird man unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder gerecht? SchülerInnen mit und ohne Behinderung, Mädchen und Jungen unterschiedlicher Herkunft, Religion – sie alle sollen gemeinsam und wohnortnah unterrichtet werden.

Was also ist zu tun? Dieses Buch beleuchtet das Thema von allen Seiten, programmatisch, theoretisch, praktisch, politisch und

verbandlich. Es gibt Orientierung in der Prozessbeschreibung von der Integration zur Inklusion. Besonders spannend sind die praktischen Beispiele, die zeigen, was heute schon möglich ist und was – vielleicht – morgen schon Normalität sein könnte. ([www.lebenshilfe.de](http://www.lebenshilfe.de))

Vorwort und Inhaltsverzeichnis finden sich hier:

[http://www.lebenshilfe.de/wDeutsch/unsere\\_angebote/buecher\\_medien/Inhalt-und-Vorwort-Eine-Schule-fuer-alle.pdf](http://www.lebenshilfe.de/wDeutsch/unsere_angebote/buecher_medien/Inhalt-und-Vorwort-Eine-Schule-fuer-alle.pdf)

### Ärgernis, Aufsehen, Empörung – Skandale in der Geschichte

Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2010 gestartet.

Am 1. September 2010 startete der 22. Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten zum Thema »Skandale in der Geschichte«. Bundespräsident Christian Wulff ruft alle Kinder und Jugendlichen bis zu 21 Jahren auf, eigene Fragen an ihr Lebensumfeld zu stellen, in Archiven zu recherchieren oder mit Zeitzeugen und Experten zu sprechen.

Abgabe der schriftlichen (max. 50 Seiten inkl. Anhang) oder kreativen Arbeiten bis zum 28.02.2011. Es winken Preise auf Landes- und Bundesebene für Teilnehmende, TutorInnen und Schulen.

Informationen und Teilnahmeunterlagen unter [www.geschichtswettbewerb.de](http://www.geschichtswettbewerb.de)

Ansprechpartner für betreuende TutorInnen/Lehrkräfte in Bayern: J. Nellen, E-Mail: [gewwue@aol.com](mailto:gewwue@aol.com)

jede Woche neue Angebote

**schulfahrt.de**



Das Aktionsbündnis »Läufer Gespräche zur Inklusion von Menschen mit Behinderung« lädt ein zum

Vortrag:

**Mo., 18. Oktober 2010, 20 Uhr**  
**UN-Behindertenrechtskonvention – unmittelbar geltendes und einklagbares Recht auf den Besuch der allgemeinen Schule?**

Referent: **Dr. Reinald Eichholz**, Jurist, National Coalition (NC) für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland

Moderation: **Prof. Dr. Hans Wocken**, Professor für Behinderten- und Integrationspädagogik, Hamburg

Die UN-Behindertenrechtskonvention hat bei Eltern behinderter Kinder und bei Menschen mit Behinderung viele Hoffnungen geweckt. Gleichzeitig wurden auch bei Behörden, Schulleiter/innen, und Lehrkräften zahlreiche Rechtsfragen aufgeworfen. Haben Kinder mit Behinderung das Recht auf den Besuch der allgemeinen Schule und welche Konsequenzen hat das für unser Schulsystem?

**in Lauf a.d. Pegnitz, Saarstr. 9, Sparkassensaal, 3. Stock**

[www.lauefer-gespraech.de](http://www.lauefer-gespraech.de)

### SchülerInnenwettbewerb zur Geschichte des 2. Mai 1933

Der SchülerInnenwettbewerb zur Geschichte des 2. Mai 1933 lädt die Klassen acht bis elf auch im Schuljahr 2010/11 zur Teilnahme ein.

Am Beispiel eines Gewerkschaftshauses in der eigenen Stadt oder Region gilt es den nationalsozialistischen Überfall auf die Gewerkschaften zu recherchieren und darzustellen. Teilnehmen können Klassen, Teams oder Einzelne aus allen Schularten. Für die Prämierung der Arbeiten stehen 25.000 Euro zur Verfügung. Letzter Abgabetermin der Wettbewerbsbeiträge ist der 7. Februar 2011. Die Preisverleihung findet im Mai 2011 in Berlin statt. Die Reise in die Bundeshauptstadt und zwei

Übernachtungen sind für die drei Hauptpreisträger inklusive. Im Internet stehen unter [www.zweiter-mai-1933.de](http://www.zweiter-mai-1933.de) alle Informationen zum Wettbewerb.

Unter der Schirmherrschaft des Vorsitzenden der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, organisiert die gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft GIRO diesen SchülerInnenwettbewerb mit dem Titel »Geschichte und Politik für junge Köpfe«. Die geschichtliche Erinnerung wach zu halten und das kritische Bewusstsein gegen Neonazis zu stärken, bezeichnet der ver.di-Vorsitzende als Ziel des SchülerInnenwettbewerbs. Jugendliche im Alter von 14 bis etwa 17 Jahren sollen motiviert wer-

den, sich mit der lokalen Geschichte der Arbeiterbewegung einerseits und des Nationalsozialismus andererseits auseinanderzusetzen. »Die große Herausforderung des Wettbewerbs liegt darin«, betont GIRO-Geschäftsführer Nikolaus Hüwe, »ein historisches Datum, den 2. Mai 1933, als ein konkretes Einzelereignis mit persönlichen Schicksalen anschaulich zu machen und gleichzeitig die politischen Zusammenhänge zu verstehen.« Frühere TeilnehmerInnen hätten bestätigt, dass der Wettbewerb als gute Ergänzung und motivierender Teil des Schulunterrichts erlebt wurde.

[www.zweiter-mai-1933.de](http://www.zweiter-mai-1933.de)



# Interessante Veranstaltungen ab Oktober 2010

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: susanne.glas@gew-bayern.de

<b>14.10.10</b>	<b>Die Förderberufsschule Herzogsägmühle.</b> Mit Thomas Stalter. Eine Veranstaltung der GEW Garmisch-Partenkirchen/Weilheim-Schongau.	Führung mit Diskussion	<b>Peiting-Herzogsägmühle</b> 19.30 Uhr vor der Cafeteria der Herzogsägmühle
<b>15.-16.10.10</b>	<b>Neumitgliederseminar.</b> Die GEW – Personal, Politik und Perspektiven kennenlernen.* Mit Monika Hartl und Wolfgang Nördlinger.	Seminar	<b>Augsburg</b> Jugendherberge
<b>22.-23.10.10</b>	<b>Die Rolle des Gymnasiums im Bildungssystem.</b> Jahresseminar der AG Perspektiven.*	Seminar	<b>Regensburg</b> Kolpinghaus
<b>23.10.10</b>	<b>Bildung anders 19: Bildung der Zukunft – Jetzt!</b> * Mit Reinhard Kahl, Bildungsjournalist und Filmemacher. (s. auch nächste Seite) Infos + Anmeldung unter <a href="http://www.gew-unterfranken.de">www.gew-unterfranken.de</a> oder <a href="mailto:gewwue@aol.com">gewwue@aol.com</a>	Fortbildung	<b>Würzburg</b> Deutschhaus-Gymnasium 9.30 - 15.00 Uhr
<b>26.10.10</b>	<b>Leben wir über unsere Verhältnisse? – Das Steuerkonzept der GEW.</b> Vorgestellt von Dr. Kai Eicker-Wolf, DGB Hessen-Thüringen. Eine Veranstaltung des GEW-Landesvorstandes. (Näheres siehe unten)	Infoveranstaltung	<b>München</b> Gewerkschaftshaus, Saal 19.00 Uhr
<b>13.11.10</b>	<b>Deutschland in Schiefelage. Rückt das gerade.</b> Demonstration der Gewerkschaften in Nürnberg. Anmeldung bei den Geschäftsstellen der jeweiligen DGB-Regionen, dort gibt es auch weitere Informationen.	Demonstration	<b>Nürnberg</b>
<b>26.-27.11.10</b>	<b>Zur Aktualität der Kritischen Theorie</b> */** Ein Seminar des GEW-Kreisverbandes Augsburg und der GEW-Hochschulgruppe Augsburg. Anmeldung erforderlich: Fax: 08 21-51 45 02, E-Mail: <a href="mailto:gew-augsburg@freenet.de">gew-augsburg@freenet.de</a>	Seminar	<b>Augsburg</b> Universität Augsburg Freitag: 18.00 - 20.30 Uhr Samstag: 9.30 - 16.30 Uhr

**München: siehe immer auch: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de). Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.**

\* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, [susanne.glas@gew-bayern.de](mailto:susanne.glas@gew-bayern.de), Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87  
\*\* Teilnahmegebühr

## Die Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW Bayern trifft sich zu ihrer Fachgruppen-Klausur am 15./16. Oktober 2010 in Nürnberg

von Freitag 16.00 Uhr bis Samstag 14.00 Uhr im Caritas-Pirckheimer-Haus, Königstr. 64, Nürnberg



Themen:

### ■ Berufliche Bildung in der Einwanderungsgesellschaft

Referentin: Dr. Nicole Kimmelman, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung der Uni Erlangen-Nürnberg (Freitag ab 16.30 Uhr)

### ■ Personalratswahl

Was werden wir noch bis zur Wahl tun?

### ■ Bericht von der Bundesfachgruppe

### ■ DQR – Wie ist der aktuelle Stand?

### Arbeitsgruppe Berufsschulen

- Ausbildungsstellensituation – Wo gibt es einen Mangel an Auszubildenden? Wo fehlen Ausbildungsplätze?
- Schmalspurberufe und Ausbildungsreife – Können die Chancen Bildungsbenachteiligter durch geringere Anforderungen erhöht werden?
- Was uns auf den Nägeln brennt

### Arbeitsgruppe FOS/BOS

- Kommt nach dem Lehrkräftemangel der SchülerInnenmangel?
- Belastung durch Externenprüfungen
- Budgetierung
- Erfahrungsaustausch

**Wegen der Übernachtung und des Essens bitten wir um Anmeldung bei:**

**Erwin Saint Paul, Pfeuferstr. 20, 81373 München, Tel. 0 89/4 48 86 72, E-Mail: [esaintpaul@mnet-online.de](mailto:esaintpaul@mnet-online.de)**

## Leben wir über unsere Verhältnisse? Das Steuerkonzept der GEW

mit Dr. Kai Eicker-Wolf in München, am 26. Oktober 2010, 19.00 Uhr,  
Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64

- Die öffentliche Hand in Deutschland ist in den zehn Jahren vor der Weltwirtschaftskrise so sparsam wie kaum ein anderes entwickeltes Industrieland auf der Welt gewesen. Die Defizite in den öffentlichen Kassen haben ihre Ursache folglich auch nicht in der Ausgaben-, sondern in der Einnahmeentwicklung. Die Steuerreformen seit 1998 haben die öffentlichen Haushalte sehr viel Geld gekostet. Der Einnahmeausfall aufgrund der Steuerrechtsänderungen seit 1998 haben allein im laufenden Jahr einen Einnahmeverlust von 50 Mrd. Euro zur Folge.
- Insgesamt ist die öffentliche Hand in Deutschland strukturell unterfinanziert. Es bestehen erhebliche Ausgabenbedarfe im Bereich Erziehung und Bildung, bei den öffentlichen Investitionen und auch im Sozialbereich. Nicht Ausgabenkürzungen sind das Gebot der Stunde, sondern sozial ausgewogene Einnahmeerhöhungen – d. h. Steuererhöhungen, die die immer ungleichere Einkommens- und Vermögensverteilung korrigieren.

Hierzu macht die GEW mit ihrem Steuerkonzept einen Vorschlag.

- Deutschland gibt beschämend wenig Geld für Bildung aus. Nach den neuesten Zahlen stehen nur noch drei OECD-Länder schlechter als Deutschland da. Der zusätzliche Ausgabenbedarf im deutschen Bildungssystem liegt bei mindestens 40 Mrd. Euro jährlich.

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern**





## Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Oktober Geburtstag feiern, ganz besonders

- Roswitha Friedrich**, Rodach, zum **77**.  
**Dietlinde Stücklen**, Gröbenzell, zum **75**.  
**Herbert Sambale**, Murnau, und  
**Oswald Then**, Wolfratshausen, zum **74**.  
**Gudrun Bergmann**, München,  
**Horst Ebeling**, Schörfling, und  
**Dr. Johannes Nowak**, Königsbrunn, zum **73**.  
**Gerte Hubel**, Bodolz, und  
**Gottlieb Gollwitzer**, Nürnberg, zum **72**.  
**Renate Baier**, Augsburg,  
**Edda Presser-Heiner**, München, und  
**Johann Holzner**, Wörth, zum **71**.  
**Prof. Dr. Hans-Dietrich Quednau**, Freising, und  
**Dieter Schall**, Hof, zum **70**.
- sowie zum **65**.
- Doris Klein**, Erlangen,  
**Marianne Wendel**, Oberasbach,  
**Ingrid Zimmermann**, München, und  
**Hans Jürgen Kintrup**, Nördlingen.

## Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.

Im Oktober gilt unser Dank ganz besonders

- Helmut Michalski**, Frasdorf, für **62 Jahre** Mitgliedschaft,  
**Helmut Stock**, Lauf, für **57 Jahre** Mitgliedschaft,  
**Brigitte Rauch**, Goldbach,  
**Gerda Röckl**, Marktoberdorf,  
**Ursula Scherzer**, Cadolzburg,  
**Manfred Burbiel**, Taufkirchen,  
**Ludwig Fink**, Stadtbergen,  
**Christian Gollwitzer**, München,  
**Wolfgang Himmel**, Augsburg,  
**Hans Martin Kohl**, Hof,  
**Wolfgang Lutz**, Taufkirchen,  
**Klaus Ried**, München,  
**Klaus Rost**, München,  
**Bernd Seeberger**, Mühldorf,  
**Hans-Heinrich Stark**, Hof, und  
**Friedrich Werner**, Deggendorf, für **40 Jahre** Mitgliedschaft,  
sowie für **35 Jahre** Mitgliedschaft
- Gertrud Barthel**, München,  
**Gertraud Horlamus**, Uttenreuth,  
**Traudl Neumann-Ilsen**, München,  
**Ursula Niederreiter**, Anzing,  
**Gisela Pfnür-Reichelt**, Geretsried,  
**Ingrid Reichensperger**, Oberasbach,  
**Marion Rumpf**, München,  
**Sabine Schalkau**, München,  
**Wilhelmine Waltenberger-Olbrich**, Thannhausen,  
**Gerhard Deuter**, München,  
**Walter Godron**, München,  
**Rudolf Herold**, Gemünden,  
**Manfred Klügel**, Friedberg,  
**Martin Müller-Aenis**, Wertingen, und  
**Hans Stroh**, München.

## bildung and and 19

GEW Unterfranken und GEW-Kreisverband Würzburg laden ein:

### Samstag, 23. Oktober 2010

9.30 Uhr - 15.00 Uhr Deutschhaus-Gymnasium, Würzburg, Zeller Straße 41

### Bildung der Zukunft – Jetzt!

Reinhard Kahl stellt Beispiele gelungenen Lernens vor.

- 13.30 - 15.00 Uhr Workshops:
- (1) Bildung der Zukunft – Jetzt! Reinhard Kahl vertieft seine Vorstellungen zur Bildung der Zukunft
  - (2) Fachunterricht gelingt mit LTTA (Learning through the Arts) – Dr. Petra Weingart zeigt, wie Unterricht mit Kunst gelingen kann.
  - (3) Inklusion gelingt – Silke Fischer, Leiterin des inklusiven Kindergartens Vogelshof, berichtet, warum Inklusion funktioniert.
  - (4) Gesamtschule gelingt – Roland Dörfler vom Leitungsteam der Staatl. Gesamtschule Hollfeld zeigt, was in Bayern möglich ist.
  - (5) Evaluation gelingt – Manfred Mensch, Leiter einer Werbeagentur, stellt seine Erfahrungen zur externen Evaluation dar.
  - (6) Internetnutzung gelingt – Sigrid Schwab, medienpädagogische Beraterin, zeigt, wie Cybermobbing verhindert werden kann.

Tagungsort: Deutschhaus-Gymnasium, Zeller Straße 41, 97082 Würzburg

**Anmeldung** (mit Name und Workshop-Nr.) **bis 15.10.2010** an GEW, Jörg Nellen, Röntgenring 5, 97070 Würzburg, Fax: 09 31-3 53 54 43, gewwue@aol.com

Tagungsgebühr: 15 Euro mit Mittagessen. Studierende, ReferendarInnen, arbeitslose oder beurlaubte Lehrkräfte sowie GEW-Mitglieder: 7,50 Euro

Bestätigungen für die Fortbildungsveranstaltung (5 Zeitstunden) werden ausgestellt.

# Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

**Ansbach** Termine/Informationen: [www.gew-ansbach.de](http://www.gew-ansbach.de)  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

**Aschaffenburg/Miltenberg** Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf [www.gew-aschaffenburg.de](http://www.gew-aschaffenburg.de)  
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

**Augsburg** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

**Bad Neustadt** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bad Tölz/Wolfratshausen** Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried  
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

**Bamberg** Termine/Themen der Treffen siehe: [www.gew-oberfranken.de](http://www.gew-oberfranken.de)  
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

**Bayreuth** jeden 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch u. Vorstands-Treff, Mann's Bräu, Friedrichstraße, Bayreuth  
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

**Coburg** jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg  
Kontakt: Karl-Friedrich Schmucker, ☎ 095 61/79 92 13, [gew-coburg@web.de](mailto:gew-coburg@web.de)

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

**Erding** Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim  
Kontakt: Peter Caspari ☎ 0 81 24/92 37, [peter.caspari@t-online.de](mailto:peter.caspari@t-online.de)

**Erlangen** jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: j.d. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7  
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, [www.gew-erlangen.de](http://www.gew-erlangen.de)

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1  
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

**Fürth** jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße  
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

**Haßfurt** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule  
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

**Ingolstadt** erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt  
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

**Kempten** jeden 1. Dienstag im Monat  
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

**Main-Spessart** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Elfriede Jakob-Kornianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

**Memmingen/Unterallgäu** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen  
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, [gew-unterallgaeu@gmx.de](mailto:gew-unterallgaeu@gmx.de)

**Mittelfranken AK Gewerkschaftlicher Durchblick** jeden Dienstag, 21.00 Uhr  
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

**München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen** Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

**München Fachgruppe Gymnasien** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung** Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr  
Kontakt: sabine.herzig@bayern.gew.de

**München GEW-Hochschulgruppe** (s.a. FG Hochschule und Forschung)  
Kontakt: [gew-schaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gew-schaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de)

**München Fachgruppe Realschulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, [fam.lungmus@t-online.de](mailto:fam.lungmus@t-online.de)

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe** Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Programm: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

**München Lehramtskampagne an der Uni** Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB im AstA der LMU, Leopoldstr. 15, Kontakt: [gew-la@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gew-la@stuve.uni-muenchen.de)

**München AK Personalräte und Vertrauensleute** monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

**München Aktion Butterbrot** Treffen im DGB-Haus, Termine: [www.aktionbutterbrot.de](http://www.aktionbutterbrot.de)  
Kontakt: [aktion-butterbrot@web.de](mailto:aktion-butterbrot@web.de)

**München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: [daniela.kern@ajum.de](mailto:daniela.kern@ajum.de), ☎ 01 70-5 43 04 55

**München AK »friedliche Schule«** 1. Schulmontag, 17.00 Uhr, DGB-Haus, Kontakt: [StephanLip@web.de](mailto:StephanLip@web.de)

**Neumarkt/Oberpfalz** Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

**Neu-Ulm/Günzburg** Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Pizzeria Helfenstein, Ulm  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

**Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen** Termine und Infos unter [www.gew-nuernberg.de](http://www.gew-nuernberg.de)  
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken** Termine und Infos unter: [www.gew-fachgruppe.de.vu](http://www.gew-fachgruppe.de.vu)  
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

**Nürnberger Land** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Regensburg gemeinsame Studierendengruppe GEW/ver.di** alle zwei Wochen dienstags, genaue Termine unter: <http://shk.wie-studieren.de> oder <http://jugend-oberpfalz.verdi.de/studierende/studentengruppe>  
Kontakt: Jan Bundesmann, [jan.bundesmann@gmx.de](mailto:jan.bundesmann@gmx.de)

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57, [www.gew-rosenheim.de](http://www.gew-rosenheim.de)

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr,  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße  
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Starnberg** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule  
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Weiden** jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Gaststätte Naber, Ackerstr. 20, [gew\\_wen-new-tir@gmx.de](mailto:gew_wen-new-tir@gmx.de)  
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino  
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

**Würzburg** jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube  
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

[www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de) ... [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)